

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136.

Montag, den 15. Juni 1914.

21. Jahrg.

## Hierzu eine Beilage.

### Eine Friedenstat.

Zum Sturz des französischen Ministeriums.

Das war eine wirkungsvolle Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht und die Respektierung seiner Entscheidungen, diese Abstimmung, mit der am Freitag die französische Kammer das Ministerium der national-liberalen Großfinanz wegsetzte, ehe es nur ansagen konnte zu regieren! Mit 308 gegen 262 Stimmen wurde beschlossen: Die Kammer ist durch Achtung für den bei den letzten Wahlen zum Ausdruck gekommenen Willen der Wähler entschlossen, ihr Vertrauen nur einer Regierung zu gewähren, welche geeignet ist, die Kräfte der Linken zu vereinigen, und geht unter Ablehnung jedes Zusages zur Tagesordnung über. Die Vereinigung der Kräfte der Linken — das heißt in diesem Falle die neue Kammermehrheit von 206 Radikalen und 100 Sozialisten, die geschlossen gegen das Kabinett Ribot stimmte. So schnell und so gründlich hat sich auch in einem demokratischen Lande noch selten auf parlamentarischem Wege der Wille der schaffenden Massen durchgesetzt. Das geschlagene Ministerium seinerseits trat sofort nach dieser deutlichen Kundgebung vom Schauplatz ab, den es kaum betreten hatte. Der Präsident der Republik beugte sich ebenfalls vor der Entscheidung der Kammer des allgemeinen Wahlrechts und nahm die Demission Ribots an. Er traf noch keine weiteren Entscheidungen, sondern will heute erst mit beiden Kammern sich besprechen.

Nun er als die repräsentative republikanische Nachbarstaates etwas aus den Ereignissen lernt. Herr Poincaré hatte geglaubt, daß er der Großfinanz und Rußland zuliebe mit den Ergebnissen der Wahlen spielen und sie fälschen könne, indem er der radikal-sozialistischen Kammermehrheit ein Ministerium auf die Nase setzen half, das ohne und gegen sie gebildet war. Er zeigte ein klein wenig absolutistische Manieren. Das Vorbild von Deutschland schien es ihm angetan zu haben, während ihn seine Presse dadurch unterstützte, daß sie die Kriegssucht vor Deutschland schürte. So wird auch in der bürgerlichen Republik der Präsidentenposten zu einem immer ausgeprägteren Werkzeug der kapitalistischen und reaktionären Mächte. In dem Kampf um die Bildung der Regierung ist seinem jetzigen Inhaber schon mehrfach von der Linken angedeutet worden, daß er seine Hände von diesen Dingen zu lassen hätte. Das sei eine verfassungswidrige Anwendung seines Einspruchsrechts. Er habe einfach dem Willen der Kammermehrheit bei der Kabinettsbildung zum Ausdruck zu verhelfen. Da aber alle Verfassungsfragen Machtkämpfe sind, so kommt es eben auch in Frankreich darauf an, die kapitalistischen Mächte zurückzudrängen und zu schwächen, damit sie sich nicht mehr des Präsidenten wie eines Geschäftsführers gegen den Volkswillen bedienen können. Vor diesem Mißbrauch schützen keinerlei Verfassungsparagraphen, hier hilft nur der Gebrauch der parlamentarischen Macht, die sich auf das allgemeine Stimmrecht stützt. Und das hat die französische Kammerlinke gut bejagt. Sie hat dem Präsidenten eine Lektion erteilt, die er und seine Nachfolger sich zu merken haben werden.

Darüber hinaus bedeutet aber der sofortige Sturz des Ministeriums Ribot eine Niederlage der französischen Kriegshetze und des steuerreichen Großbürgertums, die nicht nur uns deutsche Sozialisten mit höchster Freude erfüllen muß. Die militärischen Kreise Frankreichs stemmten sich mit aller Macht dagegen, die Wiederabstimmung der Finanz- und zweifachen dreijährigen Dienstzeit zuzugeben. Man hatte versucht, den neuen Ministern allerlei unehrliche und nichtsagende Formeln vorzuschlagen, mit denen sie sich um eine Umänderung der vom Lande verurteilten Rüstungsmaßregeln herumdrücken konnten. Das links-radikale Ministerium Viviani war deshalb nicht zustande gekommen, weil mehrere seiner Mitglieder es ablehnten, jene Täuschung des Landes mitzumachen. Das Kabinett Ribot versuchte es mit einem widerspruchsvollen Doppelprogramm. Er betonte in seiner gestrigen Kammererklärung den Generalstählern zuliebe scharf die angebliche Notwendigkeit des Dreijahresgesetzes, und es versuchte die Kammermehrheit zu beschwichtigen und zu bestechen durch die Versicherung, daß es sich die militärische Ausbildung der Jugend angelegen sein lassen werde. Die Kammer hat völlig recht gehabt, dieses echt nationalmiserable Programm, das ein Wassermann vertreten könnte, verächtlich zur Seite zu schieben. Die radikal-sozialistische Kammermehrheit will Abrüstung, nicht Aufrüstung, mindestens allmähliche Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit. Das betonte unser Genosse Sembat in seiner Rede gegen Ribot auf das Entschiedenste. Deshalb stürzte sie den Jammergeiz

mit seinen kapitalistischen Helfern, der sie vergeblich mit patriotischen und nationalen Phrasen zu beschwören suchte. Dieses Fiasko hohler chauvinistischer Deklamationen in der französischen Kammer ist vielleicht das interessanteste Kennzeichen des gestrigen Vorganges. Die Linksmehrheit, die aus dem allgemeinen Wahlrecht unter dem Druck der unerträglich gewordenen Militärlasten geboren worden war, war taub für alle „nationalen“ Lockungen, weil sie den geschäftlichen Hintergrund nur zu gut kannte, auf dem die schönen Bilder von Macht und Größe projiziert werden. Die Massen haben auch in Frankreich eingesehen, daß jedes Säbelraseln der Chauvinisten einen Goldregen für die Kriegslieferanten und schwere Lasten für die arbeitenden Klassen bedeutet. Und so ließen sie den alten „Patrioten“ Ribot schwagen; sie sagten ihm durch ihre Vertreter, daß er statt einer neuen Anleihe endlich Steuern für die Reichen bringen möge, denn die großen Ausgaben, die den Staatsschatz leerten, seien gerade die Folge der fortwährenden militärischen Aufwendungen. So wurde die Kundgebung des allgemeinen Stimmrechts zugleich zu einer praktischen Friedenskundgebung, deren Gewicht niemand ableugnen kann. Die neue französische Kammermehrheit hat am Freitag eine Tat für den Völkfrieden vollbracht, wie sie noch kein Parlament sonst aufzuweisen hatte. Sie hat nicht bloß geredet, sondern sie hat ein Geschäftsministerium der Rüstungsheker zu Boden geworfen!

Die Mut der französischen und — deutschen Volksfeinde äußert sich schon in den heftigsten Ausbrüchen. Hüben wie drüben schreien die Kriegshetze und Steuerdrückeberger Verrat und Feuers. Man spricht in Paris und Berlin von Kammerauflösung oder Diktatur. Die geschlagene Großbourgeoisie und das Säbeljunkertum werden Verwirrung in die französische Staatsmaschine zu bringen suchen. Mögen die Erwählten der großen Volksmehrheit in der Pariser Kammer fest, besonnen und entschlossen bleiben. Sie haben die Interessen und heißen Wünsche der schaffenden Massen hinter sich und können, gestützt auf sie, allen kulturfeindlichen Anschlägen der besiegten Spekulanten die Stirne bieten.

### Die Tagung des Hansabundes.

Präsident Nießer für die bürgerliche Sammlung!

Am Sonnabend tagte auf der Werkbundausstellung in Köln der Gesamtausschuß des Hansabundes. Die Versammlung war hauptsächlich zu einer Kundgebung angefaßt der bevorstehenden Zolltarifkämpfe zusammengetreten, brachte jedoch auch allgemeine Erörterungen über die gegenwärtige politische Lage. Das Mitglied des Direktatoriums des Hansabundes, Geheimrat Duisberg, blies in seiner Begrüßungsansprache gleich in die bürgerliche Sammlungstrompete. Der Hansabund sei der gegebene Boden, auf dem sich verschiedene Stände zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zusammenfinden könnten. Alle Parteien fänden hier ihre Vertretung, aber für die Sozialdemokratie sei kein Platz im Hansabunde. Der Umsturzpartei müsse der Kampf des Hansabundes mit geistigen und wirtschaftlichen Waffen gelten. Geheimrat Dr. Nießer, der Präsident des Hansabundes, hob in seiner Ansprache hervor, man müsse der Industrie und der Landwirtschaft den ihnen notwendigen Zollschutz zubilligen, jedoch den lückenlosen Zolltarif und jede Erhöhung der bestehenden Agrarzölle ablehnen. Die soziale Gesetzgebung sei in einer Weise fortzuführen, die die Interessen der Arbeiter wie des Unternehmertums gleichermaßen berücksichtige. Freilich müsse sie der Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt Rechnung tragen. Der Hansabund sei ein Gegner des Klassenkampfes; er lehne daher auch jene Angestelltenverbände ab, die im Unternehmertum nach sozialdemokratischem Muster vornehmlich den Feind sehen. Notwendig sei eine Reform des preußischen Wahlrechts und eine andere Wahlkreiseinteilung, die den gewerblichen Interessen Rechnung trage. Dann redete Nießer einer unbedingten Sammlung der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie das Wort. Von dieser Forderung könne erst abgegangen werden, wenn die Sozialdemokratie eine auf nationalem Boden stehende Arbeiterpartei nach englischem, französischem und italienischem Muster werde. Ueber die zukünftige Politik, die der Hansabund einschlagen werde, lasse sich heute nichts Sicheres sagen: das hänge von den künftigen Wahlen und dem Verhalten der Regierung ab, ob sie auch den liberalen Parteien Einfluß an der Staatsleitung gewähren werde. Der Hansabund wolle eine Stütze denen sein, die sonst den Extremen rechts oder links verfielen. Dem Gedanken einer „Entpolitisierung“ des Bürgertums müssen wir immerdar scharf entgegenzutreten. (Stürmischer Beifall.)

Regierungsassessor Dr. Kleefeld-Berlin berichtete dann über die Arbeit des Hansabundes im Jahre 1913. Das erste halbe Dezennium sei erreicht und habe bewiesen, daß der Hansabund eine Notwendigkeit sei.

Zum wichtigsten Punkt der Tagesordnung: „Der lückenlose Zolltarif und seine Folgen für Industrie, Handel und Gewerbe“ sprachen eine ganze Anzahl Redner, die sich alle gegen die bekannten agrarischen Forderungen wandten.

Am Schluß sprach Professor Dr. Höninger-Freiburg über Hypothekennot. Er schilderte ausführlich die Schwierigkeiten auf dem Baumarkt und machte weitgehende Reformvorschläge. Schaper-Hamburg, Vorstandsmitglied des 1858 Handlungsgehilfenverbandes, referierte über „Wohnungsfürsorge“ für Arbeiterangeestellte. Eine Feststellung der Reichsversicherungsanstalt hat ergeben, daß die etwa 1½ Millionen versicherter Angestellter ein Durchschnittseinkommen von 1664 Mark haben, darum ist auch für die Angestellten die Wohnungsfürsorge besonders dringend; neben der Schaffung von guten Wohnräumen kommt die Errichtung von Altersheimen und Ledigenheimen in Frage.

Mit einigen Schlusssätzen Nießers fand die Tagung ihr Ende.

### Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie Sozialdemokraten verkleumdet werden.

Der konservative Redakteur des Wehlauer Tageblattes, Druckereibesitzer Scheffler, hatte in seiner Zeitung dem sozialdemokratischen Reichstagskandidaten für Labiau-Wehlau, Parteisekretär Genossen Linde, der in Wehlau ein Grundstück besitzt, nachgesagt, daß er seine Mieter unmenslich behandelte. Dieser Vorwurf ging natürlich seinerzeit durch die nationale Sekspresse. Linde klagte und in der ersten Instanz wurde Scheffler zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Vor der Strafkammer mußte er sich bequemen, folgende Erklärung abzugeben:

Ungeklagter erklärt, daß er bei Abfassung des Artikels im Wehlauer Tageblatt vom 11. Dezember 1913, wie er nachträglich eingesehen, von seinem Gewährsmann falsch unterrichtet gewesen sei, nimmt die im Artikel enthaltenen Behauptungen bezüglich des Privatklägers mit Bedauern zurück und verpflichtet sich zur Uebernahme sämtlicher Kosten.

Zur Indizierung der Wackerschen Rede.

Nach einer Information der „Kölnner Korrespondenz“ wurde die Wackersche Rede nicht wegen gewisser Einzelirrtümer indiziert, die Maßnahme sei vielmehr erfolgt, weil der Vortrag ganz und gar von dem Kölner Irrtum durchseucht wäre.

Eine Erhöhung der Anwaltsgebühren in Sicht.

Der deutsche Anwaltsverein hat auf Grund einer Enquete über die Einkommen der Anwälte aus bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten dem Reichsjustizamt den Entwurf einer Gebührenerhöhung eingereicht. Er enthält die Mindestforderungen der deutschen Anwaltschaft. Die Lagen sind im allgemeinen, wie bürgerliche Blätter zu melden wissen, wenig erhöht worden. Einzelne besonders schwierige Prozeßfälle sollen besonders bemerkt werden; so soll die Beweisgebühr erhöht und die Erstleistungspflicht erweitert werden.

Der Militarismus unter dem Schutze der Justiz.

Am 27. Juni kommt vor dem Reichsgericht die Revision der Genoffin Luxemburg gegen das Frankfurter Urteil zur Verhandlung, am 29. soll vor der Berliner Strafkammer der Prozeß wegen der Kritik der Soldatenmißhandlungen stattfinden und am 4. Juli wird die Rieker Strafkammer gegen Genossen Karski wegen eines Artikels über Zabern verhandeln.

Die Reichstagsersatzwahl in Koburg

findet in vier Wochen, am 10. Juli, statt. Die rechtsstehenden Parteien suchen unter dem Deckmantel „Nationalliberal“ im Trüben zu fischen. Der Amtserbkandidat Dr. Stoll in Koburg ist nationalliberaler Kandidat. Was für eine Art Liberalismus er aber vertritt, zeigt sich in der Bekämpfung seines fortschrittlichen Gegenkandidaten, des Puppenfabrikanten Arnold aus Neustadt, der wieder einmal das Opfer des Durchfalls auf sich nimmt. Herr Arnold ist unglücklich darüber, daß er beinahe jetzt mit den Sozials in einen Topf geworfen wird, wo er doch vor einigen Jahren, zum Gaudium für die Wickblätter, alleruntertänigst dem Herzogspaar seine Glückwünsche für den Erbprinzen darbrachte, der erst einige

Tag später geboren würde. Und nun kommt noch dazu, daß die Bürgerlichen sich schon jetzt dahin verständigt haben, zwar getrennt marschieren, dann aber — wenn es nämlich zur Stichwahl kommt! — die Sozialdemokratie vereint zu schlagen. Das soll sogar so eine nationale Geburtstagsgabe für den Herzog werden; deshalb will man die Stichwahl schon am 17. Juli stattfinden lassen, damit man ihm dann den Sieg der nationalen Sache auf den Geburtstagstisch legen kann. Vorläufig haben die Herrschaften aber noch eine Höllenangst, weil sie befürchten, das Koburger Volk könnte in seiner Mehrheit als Quittung für die absolutistischen Neigungen, die ja die Veranlassung zu dieser Erbschaft gegeben haben, sich diesmal gleich für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Rechtsanwalt W. Hofmann in Hof, entscheiden. Was von uns getan werden kann, in diesem Sinne zu wirken, das wird jedenfalls geschehen, unbeschadet der Einladungen von Samwürkern, die die bürgerlichen Parteien sich zum Wahlkampf verschrieben haben und von denen sie schon jetzt den reichlichsten Gebrauch machen.

#### Fideikommissgesetz — Immunitätsfragen — Landtagsvertagung.

Am Sonnabend wurde im preussischen Abgeordnetenhaus in mehrstündiger Debatte die erste Lesung des Fideikommissgesetzes zu Ende geführt. Auch an diesem Tage wieder blieben die bürgerlichen Fraktionen ihrer alten schlechten Gepflogenheiten treu; zwar die stärksten Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu richten, der angegriffenen Partei aber das Wort zur Erwiderung abzusprechen. Von allen bürgerlichen Parteien sind in dieser Debatte zwei Redner zum Wort gekommen und haben teilweise stundenlange Ausführungen gemacht. Sobald aber der Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Hofer, zum zweiten Male das Wort ergreifen wollte, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, trotzdem Hofer nur der einzige Abgeordnete war, der noch auf der Rednerliste stand. Schließlich ging die Fideikommissvorlage an eine besondere Kommission, die während der Sommerferien des Parlaments ihre Beratungen pflegen soll.

Wichtiger als diese Erörterungen waren sehr lebhaft Auseinandersetzungen, zu denen es sowohl am Beginn wie am Schluß der Sitzung kam. Es lagen zwei Anträge auf Einstellung des Verfahrens gegen Abgeordnete vor. In dem einen Fall handelte es sich um den konservativen Abg. Hammer, der in ein belangloses Klageverfahren verwickelt ist, in anderen Fällen um unseren Genossen Liebknecht, gegen den immer noch wegen seiner bekannten Rede auf dem Magdeburger Parteitag 1910 ein ehrenrühriges Verfahren schwebt, das zum Zweck hat, Liebknecht aus dem Anwaltsstande zu entfernen. Um ihr heißes Sehnen, den Genossen Liebknecht zu treffen, erfüllen zu können, griffen die konservativen zu dem taktischen Schachzug, zu beantragen, daß das Verfahren gegen ihren Parteigenossen Hammer nicht eingestellt werde. Nunmehr glaubten sie mit einem Schein von Recht auch fordern zu dürfen, daß das Verfahren gegen Liebknecht seinen Fortgang nehme. Um dies zu ermöglichen, beantragten sie den Antrag auf Einstellung des Verfahrens der Geschäftsordnungskommission zu überweisen. Da das Haus unmittelbar vor den Sommerferien steht, so hätte das nichts anderes bedeutet, als die Angelegenheit bis in den Winter hinein zu verschleppen; inzwischen hätte dann das Disziplinarverfahren gegen Liebknecht ungehindert seinen Fortgang nehmen können. Nach einer sehr heftigen Erörterung, an der sich von unserer Seite die Genossen Adolf Hoffmann und Hämisch beteiligten, jetzten die Konservativen ihren Willen, die Angelegenheit der Geschäftsordnungskommission zu überweisen, durch. Zentrum, Nationalliberale schämten sich nicht, ihnen dabei Beihilfe zu leisten. Nur mit Mühe und Not gelang es unseren Genossen, durchzusetzen, daß die Geschäftsordnungskommission noch vor der Sommerpause zusammentritt und die Angelegenheit berät. Am Dienstag soll dann unmittelbar vor der Vertagungszeremonie, die Geschäftsordnungskommission Bericht erstatten, und das Plenum soll über Einstellung oder Weiterführung des Verfahrens gegen Genossen Liebknecht beschließen.

Am Schluß der Sitzung verlangten unsere Genossen durch den Mund Adolf Hoffmanns, daß auch am Montag noch eine Sitzung stattfinde. Adolf Hoffmann wies darauf hin, daß die wichtigsten Materien, wie z. B. der Wahlrechtsantrag der Freisinnigen, der Dissidentenfindenantrag der Nationalliberalen und viele bedeutungsvolle Gegenstände vom Hause noch nicht behandelt worden seien. Es sei unverantwortlich, auseinanderzugehen, ohne daß diese Anträge auf die Tagesordnung gesetzt worden seien. Aber mit diesen Anregungen blieb unsere Fraktion völlig allein; nicht nur die Redner des Zentrums, der Konservativen und der Freikonservativen, sondern auch die Redner der Nationalliberalen und Freisinnigen traten dafür ein, daß die von ihnen selbst eingebrachten Anträge nicht mehr zur Beratung gelangen sollten.

Ein Antrag des Ministeriums wurde angenommen, nach welchem der Landtag vom 16. Juni bis zum 10. November 1914 mit der Maßgabe vertagt wird, daß die zur Vorberatung eines Grundverteilungsgesetzes, des Gesetzes über Familien-Fideikomnisse und Familienstiftungen, des Fideikommissgesetzes und des Gesetzes zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes gewählten Kommissionen des Hauses der Abgeordneten ermächtigt werden, während der Vertagung ihre Arbeiten fortzusetzen.

#### Die Herzoglich gothaischen Privatwege.

Die Hofkammer in Gotha will die Angelegenheit der Wegelagerer an den angeleglichen Privatwegen in den Herzoglichen Besitzungen, über die der Minister Dr. Richter Kasperle, einem Schiedsgericht unterbreiten. Der Landtag erklärt am Sonnabend, daß er dem Vorschlag der Herzoglichen Hofkammer nicht zustimmen könne, bevor nicht die Wegelagerer castriert seien.

#### Militärhoheit in Baden.

In Karlsruhe wurde über einen Wirt der Reichsbahnverwaltung verhängt, weil in einem Nebenzimmer seines Lokals der Zentraltend der Handlungsge-

hilfen seine Vereinstätigkeiten abhielt. Der preussische Militarismus geht in Baden mit dem Militärhoheitsgesetz ganz rücksichtslos vor. In München und Stuttgart sind für die Soldaten nur etwa ein Dutzend Lokale gesperrt, in Karlsruhe aber circa 50. Die Stadterwaltung der badischen Residenz läßt leider diese wirtschaftliche Schädigung ihrer Steuerzahler ruhig zu, denn St. Militarismus darf kein Haar gekräumt werden, er glaubt sich ruhig über die Proteste der hochfotografierten Wirte hinwegsetzen zu können.

#### Dänemark.

Wahlreform und Ministerkrise in Dänemark. Der König hat sich bereit erklärt, den Landsting aufzulösen, aber die Auflösung soll sich nicht auf die vom König auf Lebenszeit ernannten Mitglieder des Landsting erstrecken. Im Namen des Ministeriums erklärte darauf der Ministerpräsident, daß er an der Fortdauer festhalte, daß die Auflösung auch die lebenslänglichen Mitglieder umfasse. Sollte es nicht gelingen, den König zu dieser Ansicht des Ministeriums und von der Notwendigkeit einer Gesamterneuerung des Landsting zu überzeugen, dann sei das Ministerium nicht in der Lage, in seinem Amt zu verbleiben. — Nach neueren Meldungen soll der König dann bereit sein, die von ihm ernannten Mitglieder des Landtages ihres Amtes zu entheben, wenn die Wahlen für diese Kammer keine Mehrheit für die Regierung ergeben. Das wäre ein sehr schwächtlicher Ausweg.

#### Frankreich.

Das neue Ministerium Viviani, das Ribot nachfolgen soll, hat sich folgendermaßen konstituiert: Ministerpräsident und Außenminister: Viviani, Inneres: Malou, Krieg: Messimy, Marine: Gauthier, Finanzen: Rouleux, Justiz: Bismont Martin, Unterricht: Augagneur, Öffentliche Arbeiten: René Renoult, Landwirtschaft: Fernand David, Handel, Post und Telegraphen: Thomson, Arbeiter- und Sozialfürsorge: Cqunba, Kolonien: Reynaud. Zu Unterstaatssekretären sind bestimmt: Für den Krieg: Laurains, Künste: Dalmier, Inneres: Jacquier, Handelsmarine: Njam. Viviani hofft, als Unterstaatssekretär des Auswärtigen Abel Ferry zu gewinnen. Viviani hat Emile Combes eine Portfeuille an, doch lehnte dieser ab, weil er mit Viviani in der militärischen Frage nicht übereinstimmt, sondern treu an der Forderung nach Verkürzung der Dienstzeit festhält.

Von den 12 Mitgliedern des neuen Kabinetts Viviani haben 5 als Abgeordneten gegen die dreijährige Dienstzeit gestimmt. Außerdem hat der jetzige Kriegsminister seinezeit einen Vorschlagsantrag gestellt, aber dann, nachdem dieser abgelehnt war, für das Dreijähriges gestimmt. Das neue Kabinet will zur Frage der dreijährigen Dienstzeit in seiner Antrittserklärung folgendes sagen: „Man wird an die Verringerung der Militärlasten denken können, sobald die allgemeinen Interessen der Landesverteidigung dies gestatten, doch unter keinen Umständen früher, als bis sich die von der Regierung in die Wege zu leitenden Einzelreformen wieder eingelebt haben.“

#### Italien.

Über angeblich anarchistische Gewalttaten, die sich im Anschluß an den Proteststreik ereignet haben sollen, melden bürgerliche Blätter unterm 13. Juni: Ernst Vorkommnisse werden aus dem Städtchen Senigallia gemeldet, wo Kirchen verbrannt und die Röhren der Wasserleitung abgeschnitten wurden. In dem Flecken Fabriano wurden gestern und vorgestern die Getreidemagazine gestürmt, das Getreide wurde zu Spottpreisen verkauft. Dort fand auch ein Kampf zwischen Karabinieri und Manifestanten statt, bei dem es auf beiden Seiten Verwundete gab. Bei einem Zusammenstoß zwischen Manifestanten und der Karabinieri wurde ein Korporal der Karabinieri entwandert, ein Karabinier durch einen Dolchstoß und einen Schuß verwundet. Die Streikenden gaben mehrere Revolverkugeln ab, die die Soldaten erwiderten. Auch bei diesem Kampf gab es einen Toten und mehrere Verwundete. In einigen Orten der Provinz Ravenna hält die anarchistische Bewegung an. Kirchen und städtische Gebäude werden in Brand gesteckt, Brücken abgebrochen und Telegraphen- und Eisenbahnlinien zerstört. Auch dauert die Plünderung von Dörfern und die Beschlagnahme von Privateigentum an. In den kleinen Gemeinden Cervia, Santa Agata und Conselice hat man drückliche Regierungskomitees gebildet, Farben mit den Abzeichen der Arbeit anstatt der Landesfarben gefügt und Freiheitshäute gepflanzt. Auch in der Provinz Forli hat die Bewegung anarchistischen Charakter; Kirchen werden gestürmt, städtische Bauten und Kasernen angegriffen, Privateigentum und Eisenbahnlinien werden beschädigt. — Allem Anschein nach sind diese Berichte voll absichtlich großer Übertreibungen.

#### Rußland.

Die Aufhebung des Paßzwanges in Rußland? Mehr als Einnahmequelle, denn als „Sicherheitsmaßregel“ hat Rußland sich bisher ein Paßsystem bewahrt, das in anderen Ländern, selbst in Preußen, seit Urgroßväterzeiten beibehalten ist. Nun will man auch im Gebiet des Jaren der modernen Zeit etwas Rechnung tragen. Die Kommission der Reichsduma für Initiativeanträge schloß sich dem Vorschlag der Finanzkommission an, die Auslandspässe aufzuheben. Sie beschloß ferner, die Paßsteuer für die Auslandsreisenden abzuschaffen. Ein Vertreter der Regierung sprach sich gegen eine unverzügliche Aufhebung der Auslandspässe aus und erklärte, die Regierung sei mit der Reform des Paßsystems beschäftigt und werde in dem neuen Paßgesetz wahrscheinlich die Aufhebung der Inlands- und Auslands-pässe durchzuführen.

Russische Küstungen. Das Kadettenorgan „Nesich“ schreibt zur Bewilligung der Kredite für außerordentliche Küstungen durch die Budgetkommission der Reichsduma: Einseitigkeiten über die in Aussicht genommenen Küstungen sind infolge der Geheimhaltung der Vorlage nur einem beschränkten Kreise von Personen bekannt geworden, die die Möglichkeit hatten, in die amtlichen Begründungen Einsicht zu nehmen. Aus der Sache des in diesem Jahre bewilligten Rekrutenkontin-

gents ist aber ersichtlich, daß es nur um ganz ungeringfügige Oyster an Mehl und Geld handelt. Die oppositionellen Parteien haben gegen die Bewilligung der Kredite gestimmt. Die Verantwortung dafür tragen daher die Regierung und die Mehrheitsparteien. Zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Budget werden entweder neue Anleihen abgeschlossen oder neue Steuern eingeführt werden müssen.

#### Serbien.

Die serbische Skupschtina vor der Auflösung. Die dem oppositionellen Block angehörenden drei Parteien beschloßen, an der passiven Obstruktion festzuhalten und an den Beratungen der gegenwärtigen Skupschtina nicht teilzunehmen. In politischen Kreisen wird deshalb die Auflösung der Skupschtina für die nächste Woche erwartet.

#### Balkan.

Die albanischen Wirren werden durch das Unglück der dortigen Mächte wieder komplizierter. So wird jetzt gemeldet: Auf einen anonymen Brief wurde der Bürgermeister von Durazzo wegen einer revolutionären von ihm stammenden Erklärung verhaftet. Eine Hausdurchsuchung wurde bei ihm vorgenommen. — Eine spätere Meldung besagt: Die Festnahme des Bürgermeisters von Durazzo wegen Untriebe, die inzwischen auf russische Vorstellungen hin wieder aufgehoben wurde, wird hier als ein neuer Schildbürgerreich der holländischen Gendarmerie bezeichnet. Der Bürgermeister ist montenegrinischer Untertan und ein Verwandter des Königs Nikola.

In Durazzo traf Sonnabend die Meldung ein, daß die Aufständischen von der serbischen Grenzhüter mit Kanonen und Munition versorgt werden; auch verlautet, daß der Zug für die Insurgenten von Serbien immer noch andauere.

Die Verschärfung des griechisch-türkischen Konflikts. Das Amtsblatt der griechischen Regierung veröffentlicht das Gesetz über die Abtretung der Insel Saseno an Albanien und ein königliches Dekret über die Annexion der Inseln Chios und Mytilene durch Griechenland. Die Agence d'Athènes meldet: Da die Mächte die ägäischen Inseln Griechenland unter der Bedingung zugesprochen haben, daß dieses keine Truppen aus Epirus zurückziehe und Saseno an Albanien abtrete, wird das Dekret betreffend die Annexion von Chios, Mytilene und den andern ägäischen Inseln nicht heute veröffentlicht werden, sondern erst unmittelbar nach der Veröffentlichung des Gesetzes betreffend die Abtretung Sasenos. — Die türkischen Blätter drucken das Dekret über die Annexion von Chios und Mytilene ohne Kommentar ab. Darin wird jedoch fabelhaft gerüstet. Es brodeln wieder im balkanischen Herzenkessel.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 15. Juni.

Die „Rekruten der Sozialdemokratie“. Den Arbeiter mit dem durch den Jugenddeutschland und betriebenen Jugendfang in den Kreisen des werktätigen Volkes wenig Glück haben. Sie setzen deshalb ihre ganze Hoffnung auf die Polizei, von der sie erwarten und wünschen, daß sie die proletarische Jugendbewegung für politisch erklärt und sie dann mit Gewaltmaßregeln unterdrückt. Auf diese Weise glauben die Scharfmacher und ihre Helfershelfer der modernen Arbeiterbewegung das Wasser abgraben zu können, denn sie sind der für ihren geistigen Horizont bezeichnenden Auffassung, daß die Sozialdemokratie gewissermaßen solcher Rekrutenschulen bedürfe, um einen entsprechenden Nachwuchs zu erhalten. Dabei vergessen jene Leute ganz, daß es sich um Kinder der Arbeiter handelt, die in ihrem Elternhause schon die nötige Aufklärung erhalten, um zu wissen, wo im Leben ihr Platz ist. Aber die „nationale“ Jugendbewegung und ihre „Hintermänner“ haben sich zur Aufgabe gesetzt, die Jugend des Volkes, die von den Kapitalisten ausgebeutet und im Unwissenheit erhalten wird, die ihnen sozial völlig gleichgültig ist, daran zu hindern, daß sie frei werden und klarsehende Menschen werden. Deshalb wird die freie Jugend verfolgt und befeuert, die aufläuternd wirkt und die Liebe zu allem Wahren, Guten und Schönen weckt. Wie schlecht es um die Mittel bestellt ist, die angewendet werden, um die freie Jugend zu einer politischen Organisation zu stemeln, kann man daraus ersehen, daß eine Gedächtnisfeier für Bebel, eine Märzfeier als Beweismittel dienen müssen. Gewiß war Bebel eine bedeutende politische Persönlichkeit, aber feiert denn nicht auch die nationale Jugend ihren Bismarck und andere Persönlichkeiten oder Ereignisse, die politische Bedeutung hatten? Werden dadurch auch diese „nationalen“ Jugendorganisationen politisch? Ja, Bauer, das ist wieder ganz etwas anderes! Das Erbärmlichste an dem Verhalten dieser national-liberalen Feinde der Arbeiterjugend ist aber die niedliche Denunziation: „Es ist zu hoffen, daß man — d. h. die Behörden — auch an der wertschöpfenden Rekrutenschule“ aufs Korn nimmt.“ Fürwahr, es sind edle Seelen, diese Amtsblatt-Nationalliberalen mit dem Polizeiknüppel gegen die Vereinigung der Kinder des Volkes! Daß der Artikel nicht auf dem eigenen Mist des Amtsblattes gewachsen, sondern der parteiunabhängigen „National-liberalen Korrespondenz“ entnommen ist, ändert natürlich nichts an der Sache.

Drei Menschen ertrunken. Als am Sonnabend, dem 13. d. Mts., der Dampfer „Binnea“ auf der Ausreise Dänische-burg passierte, fiel auf bisher nicht aufklärten Grund ein Matrose über Bord und ertrank trotz sofort angestellter Rettungsversuche. Die Leiche konnte bisher nicht geborgen werden. — Am Sonnabend, dem 13. d. Mts., vergnügten sich drei junge Leute beim Bootsfahren im Stadtegraben. Infolge unvorsichtigen Wechsels der Plätze kenterte das Boot in der Nähe der Puppenbrücke und alle drei Insassen fielen ins Wasser. Während sich zwei der ins Wasser Gefallenen retten konnten, ertrank der Dritte, ein 20jähriger Malergeselle aus Jänickendorf. Gestern mittag ertrank beim Baden in der Badanstalt am Fallendamm der Schiffsjunge eines im hiesigen Hafen liegenden schwedischen Dampfers. Der Verunglückte, welcher der deutschen Sprache nicht mächtig und des Schwimmens unkundig war, ist wahrscheinlich unbemerkt aus dem Abteil für Nichtschwimmer in das Abteil für Schwimmer hineingeraten. — Beim Spielen in das Anlegestellen der Dampfer des Ostseebäderdienstes stürzte gestern nachmittags

der ständige Sohn des in der Pöpelstraße wohnhaften Schmiedemeisters Gade in die Trave und ertrank. Die Leiche konnte erst nach circa 1 Stunde geborgen werden.

**b. Das Kriegsgericht der 17. Division** tagte am Sonnabend in der Marktkaserne. Der erste Verhandlungsfall drehte sich um ein gefasstes Menschenkind, dessen Lebensweg auf den ersten Blick einer Verbrecherlaufbahn ähnelte, hinter der jedoch ein tragisches Geschick verborgen ist. Der Mustetier P. aus Liegnitz steht unter der Anklage der Fahnenflucht, Preisgabe von Dienstgegenständen und des Kameraden diebstahls. P. kam schon als Fünfjährigen zur Gestellung und meldete sich später auch verschiedene Male als Gefährte von rekrutierten ab. Zahlreiche Vorstrafen im bürgerlichen Leben wegen Diebstahls, Unterschlagung, Urkundenfälschung, Landstreichens usw. brachten ihn nahezu 4 Jahre hinter Kertermauern. Um ein besseres Fortkommen zu finden, eignete er sich die Papiere eines Schloßers Kurt Hoffmann an, wurde als solcher eingezogen, eilfertete sich am 9. September und wurde im April in Dresden ermittelt. Mit den fremden Papieren hatte er keinen besonders günstigen Griff gemacht, denn der Hoffmann ist ebenfalls ein mehrfach vorbestrafter Mann. Vor seiner Detektion stahl P. einen Zivilanzug, Kragen, Vorhemd und Stiefel; die Militärfleider warf er fort. Sein Verteidiger Rechtsanwalt Jacobson, beantragte Aussetzung der Verhaftung, da für P. als Gefährte keine Dienstpflicht bestünde, die rechtliche Stellung in diesem Falle nichts anderes sei als diejenige eines verhafteten eingezogenen Ausländers und vor allem aber, weil sich die Anklage gegen den Kurt Hoffmann und nicht gegen P. richte. Dann sei ferner in Betracht zu ziehen, daß drei Tage nach der Flucht des „Kurt Hoffmann“ vom Generalkommando der Befehl erging, ihn wegen eines unheilbaren Augenleidens zu entlassen. Da dies alles bei der Strafverurteilung von erheblicher Bedeutung sei, müsse die Verhandlung ausgesetzt werden. Das Kriegsgericht trat dieser wichtigen Argumentation bei und verurteilte diesen Fall. — Unter der schweren Anklage des tötlichen Angriffs, Beharrens im Ungehorsam und Unerbittlichkeit der Verurteilung stand der Mustetier K. von der 4. Kompanie. Der im zweiten Jahre dienende Soldat hatte sich am 1. Pfingsttage einen kolossalen Rausch angetrunken; wie er angibt aus Wut darüber, weil ihm die Schwabenecker des Hornisten weggenommen wurden. In diesem Zustand kam er auf die Stuben 9 und 7, wo nur wenige Mann waren, die meisten hatten Heimatsurlaub. Hier machte sich K. etwas mauzig, er glaubte auch vernommen zu haben, daß ein Kamerad Hain sich an den diensttuenden Gefreiten Reichert vergreifen wollte. Deshalb ging er auf Reichert zu, schickte ihn vor der Brust am Kopf und schüttelte ihn einige Male hin und her, während er zu gleicher Zeit sagte: „Was, Hain will dich verhaften?“ Der Gefreite machte K. aufmerksam, daß er im Dienst und sein Vorgesetzter sei, wies ihn aus der Stube und ging zur Wache, um Schutz zu holen. Als der Gefreite in die Stube kam, um nach dem Rechten zu sehen, erwiderte K.: „Wer da ist, sehen Sie ja, stecken Sie die Lampe an.“ Das ist das ganze Verbrechen eines total Betrunknen, der zwar vom Hauptmann nicht das beste Zeugnis erhält. K. wurde eben so durch, habe sich sehr schwer in den Dienst gefunden und sei mit den Kameraden wenig verträglich. Den Vergünstigungen habe er sich nicht würdig gezeigt. Dagegen sei der Gefreitenkapitulant Reichert ein von der Unteroffizierschule überwiesener, ruhiger Mann, der nicht zu übergriffen neige. Nur einmal habe er leichtsinnigerweise einem Rekruten eine Ohrfeige gegeben. Die Kameraden sagen alle aus, daß K. schwer betrunken war, auch der Gefreite sah, daß K. nicht stillstehen konnte. Reichert hatte sogar die Trunkenheit gerochen. Der Angeklagte selbst erinnert sich des Abends gar nicht, es sei ihm erst am Morgen darauf erzählt worden. In diesem Trunkenheitsfall sah der anklagende Kriegsgerichtsrat die als Stichmarke angeführten Fälle, verneinte sinnlose Betrunketheit, gab aber milder schwere Fälle zu und beantragte die nach dem Militärstrafgesetzbuch zulässige Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis. Das Gericht konnte in dem Rauchzustande ebenfalls keine sinnlose Trunkenheit erblicken, wohl aber sei der Angeklagte ziemlich betrunken gewesen. Es nimmt auch nicht an, daß K. beim Anfallen des Gefreiten absichtlich die Ausrüstung getan habe, um den tötlichen Angriff zu verschleiern, sondern glaubt, daß der Angeklagte die Situation nicht begriffen hat. Es erkannte wegen Beharrens im Ungehorsam und Unerbittlichkeit auf vier Wochen strengen Arrest. Sowohl Straftrag wie Straftat und Strafmaß zeugen von der barbarischen Härte, die dem Militärstrafgesetz innewohnt. — Falls die Eintragungen ins Journal machte der Unteroffizier K. von der 1. Kompanie, der ausfallweise als Schreiber beim Bezirkskommando tätig war. Er soll sich zuerst trotz erheblicher Überzeugung nicht zurechtgefunden haben, und verbummelte drei Eingaben von Rentenempfängern. Solche Eingänge sind sofort zu erledigen. Um das Versehen zu vertuschen, änderte K. aus Furcht vor Strafe sowohl bei den Briefen, wie im Journal das Datum um 10 Tage voraus. Die Anklage lautete auf Urkundenfälschung. Eine öffentliche Urkunde konnte das Kriegsgericht in dem Journal nicht erblicken, es nahm einen minderschweren Fall an und verurteilte den Unteroffizier zu einer Woche Mittelarrest, die durch die Untersuchungshaft für verübt gilt. — Wegen Brustschmerz n. z. z. hat sich der Mustetier K. aus Alfenstein. In Duisburg erhielt er die Aufforderung, am 9. Oktober bei den 17ern in Forbach einzutreffen. K. glaubte sich dem scharfen Dienste nicht gewachsen, wollte sich bis Mai erst noch erholen und dann stellen. In Moorfleth wurde K. erwischt, er wird heute wegen unerlaubter Entfernung vom Heer zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, 1 Monat geht durch die Untersuchungshaft ab.

**b. Dritte Strafammer am 13. Juni.** Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung wollte der Schuhmacher B. seinen Angestellten selbst bezahlen, wenigstens gab er beim Stellungsantritt dieses bekannt. Da er dieses unterließ, wurde bei ihm gepfändet. Doch auch hierbei schaute nichts heraus. Er wird heute zu 80 M. Geldstrafe verurteilt. — Eine anonyme Anzeige brachte den Zimmerer C. wegen Urkundenfälschung vor das Gericht. C. war Kassierer der hiesigen Zählstelle eines Verbandes, hatte einige Fehlbeträge zu verzeichnen und suchte diese auf unerlaubte Weise zu verwickeln. Da der Fehlbetrag gedeckt wurde, ist dem Verbands ein Schaden nicht erwachsen. Das Urteil lautete auf 3 Wochen Gefängnis. — Eine ganze Reihe schwerer Einbruchsdiebstähle begingen ein 15jähriger Junge B. und der 22jährige Hausdiener W. aus Königsberg. Wo sie hintamten, stahlen sie was zu erwischen war: Geld, Uhrketten, Uhren, Schuhe usw. Eingebrochen haben die Bürchen am Raminchenberg, in der Spilkerstraße, Pelzerstraße, bei der Wasserkunst, Gertrudenstraße, wo sie für 510 M. Diebesgut herauskafften, dann räuberten sie in der Großen Petersgrube, im Großen Bauhof, in der Gewerdes- und Marquardstraße. Für alle diese mit großer Frechheit ausgeführten Diebereien erhält der Knabe drei Jahre Gefängnis, der Hausdiener aber fünf Jahre Zuchthaus und ebenfalls Christofl. Ob das Gefängnis den Jungen bessern soll? — Einen Paletot hieß der Arbeiter H. mitgehen, wofür er 3 Monate Gefängnis erhielt. Der Arbeiter R. kaufte den guten Paletot für 2 M. Er machte sich dadurch der Fehlerlei schuldig und wird zu 1 Mo-

nat Gefängnis verurteilt, wobei ein Messerdiebstahl gleich aufgerechnet ist.

**Der Untergang des Lübecker Dampfers „Narvik“** vor dem Seeamt in Emden. Wie noch erinnertlich sein dürfte, ist seit in Lübeck gehörig, in einer stürmischen Nacht untergegangen, nachdem er den Hafen von Emden verlassen hatte. An Bord befanden sich 30 Mann Besatzung, außerdem Frau und Kind des 1. Offiziers Meng und ein Seelotse aus Emden. „Narvik“ sollte mit etwa 5400 Tonnen Feinkohlen und 480 Tonnen Bunkerkohlen nach Lübeck fahren. Der Kapitän soll einem Angestellten der Expeditionsfirma gegenüber sein Schiff rauh sei und auf der vorletzten Fahrt im Hubertag so große Schlagschläge bekommen haben, daß er fast gekentert sei. Aber nachdem ein holländisches Schiff abgedampfte, entschloß sich auch Kapitän S. Holmedel, in See zu ziehen, mit der Absicht, vor Borkum Unter zu werfen. Schon am andern Tag wurden Schiffsrümmen, ein gekentertes Boot und die Leiche des Leuten Rabenberg vom Regierungsdampfer „Friesland“ gefunden. Im Boot befand sich die Leiche des 1. Maschinisten Mesow. Die „Narvik“ wurde in der Emsmündung auf Grund und Kieloben aufgefunden. Versuche, Lebende oder Leichen zu bergen, scheiterten vorerst an dem rauen Wetter und der schnellen Versandung des Schiffes. Die Ladung war mit 73 157 M. versichert. Die Sachverständigen referierten eingehend über die Bauart des Schiffes, über die Sicherheitsmaßnahmen usw., die zur Vorsicht mahnten, aber hier auch eingehalten worden seien. Nach allem sei anzunehmen, daß die „Narvik“ von dem Unglück überrascht worden und sofort gekentert sei. Es müsse irgend ein äußerer Umstand hinzugekommen sein. Auf mangelnde Stabilität könne der Unglücksfall nicht zurückgeführt werden. Aus dem Spruch des Seeamtes ist zu entnehmen, es stehe mit Sicherheit fest, daß die gesamte Besatzung, einschließlich zweier Passagiere und des Leuten, umgekommen ist. Bislang sind zwei Leichen geborgen. Das Wrack ist zwar größtenteils versandt und zum Teil geprennt, auch durch Wrackschutttonnen bezeichnet, bildet aber weiter eine Gefahr für die Seefahrt. Die Ursache des Unfalls ist nicht mit völliger Sicherheit festzustellen, weil kein Beteiligter ihn überlebt hat. Mängel in der Bauart, Beschaffenheit, Ausrüstung oder Bemannung des Schiffes haben sich nicht ergeben. Es erscheint aber die Annahme gerechtfertigt, daß die Kenternung infolge Übergehens der Ladung im Turmbau bei dem schweren Seegang entweder allein oder in Verbindung mit einer anderen unbekannten Ursache eingetreten ist. Der Unfall wäre höchstwahrscheinlich vermieden, wenn auf Grund früherer Erfahrung die Schiffsführung die Ballasttanks gefüllt und entsprechend weniger Ladung eingenommen hätte. Die Maßnahmen nach dem Unfall zur Rettung der Besatzung waren mit Rücksicht auf die Lage des Wracks und das schwere Wetter der folgenden Tage zweckentsprechend.

**Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft** hielt am Sonnabend die diesjährige Generalversammlung ihrer Aktionäre ab, die teilweise einen bewegten Verlauf nahm. Aus Äußerungen der Verwaltung ging hervor, daß diese ohne Rücksicht auf Lübecker Interessen beabsichtigt, das Lübecker Werk zu verkleinern und eventuell außerhalb Lübecks neue Anlagen zu errichten. Zwei Aktionäre ließen durchblicken, daß es offenbar das Bestreben des Drenstein & Koppel-Konzerns sei, die Stammaktionäre auszuhungern. Ein Antrag der Stammaktionäre, die Dividende auf 9 Prozent festzusetzen, wurde abgelehnt. Die schönen Zeiten der 20 Prozent Dividende scheinen unwiederbringlich dahin zu sein. Besonders heftig wandte sich Wintelmann von Grube Margra in der Niederlaufs gegen den Drenstein & Koppel-Konzern. Seitdem diese Gesellschaft die Herrschaft über die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft an sich gerissen habe, sei das Vertrauen zu dem Werte dahin. Die Konkurrenz habe sich dies mit Erfolg zunutze gemacht. Drei protestierende Aktionäre vertraten 32 Stimmen. Insgesamt waren 4731 Stimmen vertreten, wovon 2871 auf die Stammaktien und der Rest auf 990 Vorzugsaktien entfielen. Die Vorzugsaktien befinden sich ausschließlich in den Händen des Drenstein & Koppel-Konzerns, so daß dieser, da auch ein großer Teil der Stammaktien in seinem Besitze ist, stets die unbedingte Mehrheit in den Versammlungen in Händen hat. — Bemerkenswert ist noch, daß die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft gut mit Aufträgen versehen ist; deren Bestand ist in den ersten vier Monaten d. J. um 2 200 000 Mark höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

**Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten:** Kaiser Wilhelm II., ab Bremen 16. Juni, „Imperator“, ab Hamburg 17. Juni, „Eincinnati“, ab Hamburg 19. Juni, „Kronprinz Wilhelm“, ab Bremen 23. Juni, „Waterland“, ab Hamburg 27. Juni, „Kronprinzessin Cecilie“, ab Bremen 30. Juni, „Cleveland“, (nur nach Boston), ab Hamburg 3. Juli, „Berlin“, ab Bremen 4. Juli, Kaiser Wilhelm der Große, ab Bremen 8. Juli.

**pb. Ein Schwindler.** Am 11. d. Mts. hat sich in einem hiesigen Pensionat in der Moislinger Allee ein junger Mann im Alter von 19-21 Jahren unter der Angabe eingemietet, er solle das hiesige Katharinenum besuchen, sein Vater sei der Gutbesitzer auf Innenhof bei Woonde. Nachdem er dann die Pensionatsinhaberin um einen Geldbetrag geprellt und in mehreren hiesigen Geschäften Waren für sich bestellt hatte, die ihm jedoch nur in einem Falle in die Hände fielen, hat er sich heimlich von hier entfernt. Der Schwindler, welcher sich Fritz von Malinowski nannte und eine weiße Schülermütze mit schwarzer Kotarde trug, ist ca. 1,70 Meter groß, er hatte kleinen hellblonden Schnurbart und war bekleidet mit braunem Jackettanzug und schwarzen Schnürschuhen. Auf dem rechten Handgelenk befanden sich zwei große Narben, anscheinend von einer Operation herrührend, auch war das Gelenk stark angeschwollen.

**pb. Entwendeter Automat.** In verfloffener Nacht ist von dem Hausflur eines Hotels; beim hiesigen Bahnhof ein Postkartenautomat abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

**Konkursöffnung.** über den Nachlaß der am 20. Februar 1914 zu Lübeck verstorbenen Witwe F. M. Engelhardt, geb. Hoffmann ist am 18. Juni 1914, nachmittags 4,15 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwält Dr. Vermeiren in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

**Sansatheater.** Man schreibt uns: Morgen wird die am Sonntag mit durchschlagendem Erfolge gegebene Operette „Der Jucharon“ wiederholt. Die populären Melodien „Kleine Mädchen müssen schlafen gehen“, „Wenn ein Mädel einen Herrn hat“ usw. mußten wiederholt werden. Mittwoch ist „Das Farmermädel“ zum 7. Male und Donnerstag die vorzügliche Lustspielnovität von Evers und Wetterhausen „Cheferie“, die das aktuelle Thema der Frauenbewegung in humoristischer Weise behandelt.

**Stadthallen-Sommertheater.** Man schreibt uns: Montag geht zum letzten Male der lustige Schwanz „Der ungetreue Cäthart“ in Szene. Es wird hiermit nochmals auf die am Dienstag stattfindende Aufführung der reizenden Operette „Wiener Blut“ hingewiesen. Der eigenartige Zauber der Johann Straußschen Musik wird sicher allen Besuchern einige genussreiche Stunden bereiten. Am Mittwoch kommt das erfolgreiche Schauspiel „Jettchen Gebert“ zur Wiederholung. Der an über 200 Bühnen mit glänzendem Erfolg aufgeführte Lustspielschlager „Als ich noch im

„Kügelkleide“ von Albert Rehm und Maxine Frelsh wird für Freitag vorbereitet. Die Proben sind schon in vollem Gange und wird das lustige Spiel sicher auch hier einen durchschlagenden Erfolg erzielen.

**Zirkus-Carre-Festspiele.** Man schreibt uns: Der Billelli vorverkauf für die Zirkus-Carre-Festspiele ist in den Zigarrengeschäften von Niemeyer, Breitestraße 98 und Sager, Kohlmarkt 3. Ein rechtzeitiges Besehen der Karten für die prunkvolle Premiere mit dem Bremer Originalprogramm ist sehr zu empfehlen. Die erste Festspielvorstellung ist gemessen die Kellamervorstellung des Millionärenbetriebes Carra. Darin liegt der riesige noch nirgends gesehene große Erfolg des Unternehmens Carra, daß es in den gleichen Stablen in der Provinzialstadt wie in der Reichshauptstadt Berlin im Frühjahr und Winter gastiert. Direktor Carra hat das großartige Wagnis unternommen, sein Riesenspielprogramm von 70 Attraktionen, das größte, was je in einem Zeltzirkus zu sehen war, auch in der Provinz ungekürzt in jeder Vorstellung zu bringen. Da die Direktion stets nur soviel Plätze verkauft, als vorhanden sind, so sind es viele, die abends nicht betrübten Sinnes den Heimweg antreten müssen. Dies alles kann vermieden werden, wenn man sofort bei Niemeyer oder Sager seine Karten holt oder telefonisch bestellt. Die telefonisch bestellten Karten müssen jedoch an jedem Spieltage bis Mittag abgeholt sein, da sonst anderweitig darüber verfügt wird.

**Hamburg. Staatsregie oder gemischtwirtschaftlicher Betrieb?** Mit dieser Frage hatte sich die Hamburger Bürgererschaft anlässlich der Erneuerung des Vertrages mit der dortigen Elektrizitätsgesellschaft zu beschäftigen. Da sich bei dem bisherigen Betrieb durch eine privatkapitalistische Gesellschaft offenkundige Nachteile sowohl für den Staat wie für die Benutzer des elektrischen Stroms herausgestellt hatten, beantragte der Senat Einführung des sogenannten gemischtwirtschaftlichen Betriebes. Ein bürgerchaftlicher Ausschuss hat diesen Vertragsentwurf noch weiter zugunsten der Allgemeinheit verbessert. Es ist jetzt Vorsorge getroffen, daß der Staat entscheidenden Einfluss auf die Verwaltung der Elektrizitätswerte, die Festlegung der Strompreise usw. gewinnt. Der Staat erhält als Inhaber von 22 Millionen Mark Vorzugsaktien das Recht, neben dem Vertreter der öffentlichen Interessen fünf Mitglieder des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft vorzuschlagen. Mit Rücksicht auf diese Verbesserungen stimmten auch unsere Vertreter am Mittwoch der Vorlage zu. Genosse Hense erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion zwar prinzipiell noch immer die Verstaatlichung für das richtige halte, besonders auch, um eine humanere Behandlung der Arbeiter und Angestellten zu erreichen, die jetzt mancherlei zu wünschen lassen. Weil aber für die Verstaatlichung jetzt keine Mehrheit vorhanden, der neue Vertrag dagegen eine geeignete Grundlage für die spätere Überführung der Werke in den Besitz des Staates sei, werde sie dem Kompromiß zustimmen. Vertrag und Tarif wurden, nachdem auch die Redner der bürgerlichen Fraktionen trotz einzelner Bedenken ihre Zustimmung erklärt, einstimmig angenommen. Es soll nun zunächst eine bedeutende Vergrößerung der Werke und eine Verbilligung des elektrischen Stroms angestrebt werden, um die stark gesteigerten Bedürfnisse Hamburgs nach elektrischer Energie, besonders auch in dem neu zu schaffenden Industriegebiet zu befriedigen.

**Hamburg. Unfall der „Bretoria“.** Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit: Nach drathlosen Meldungen, die aus Newport eingetroffen sind, hat der Dampfer „Bretoria“ während dichten Nebels in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend etwa 180 Meilen östlich vom Mantuaet-Feuerschiff eine Kollision mit dem Dampfer „Newyork“ der American Line gehabt. Die Kollision schielte indessen nur leicht gewesen zu sein, die Schiffe haben einander nur gestreift. In einer Meldung, die vom Dampfer „Newyork“ eingetroffen ist, und die in dieser Weise den Unfall beschreibt, heißt es ferner, daß das Schiff nicht beschädigt wurde und daß der angerichtete Schaden sehr gering ist. Der Zusammenstoß sei so leicht gewesen, daß nur wenige der Passagiere überhaupt etwas davon gemerkt hätten. Tarnach sind über starke Beschädigung der „Newyork“ offenbar übertrieben. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist bei dem Unfall niemand zu Schaden gekommen. Genauere Berichte seitens des Kapitäns der „Bretoria“ liegen bisher noch nicht vor.

**Wilhelmshaven. Gekenterte Binasse.** — Zwei Mann ertrunken. Beim Verholen zweier Minensuchsboote kenterte Sonnabend nachmittags 5 Uhr im Hafen eine Wertpinnasse. Der Bootsteuerer Brüdgen und Heizer Schütz, die beide verheiratet sind, ertranken.

**Odenburg.** In die Maschine geraten. In Rastfeld geriet der etwa 50jährige Müller Ment in das Wellengetriebe der Dampfmaschine Broetje. Er erlitt einen Gehirnebruch und war sofort tot.

**Odenburg i. S.** Der Bezirksparteitag für Odenburg- Ostfriesland trat am Sonntag hier zusammen. Der Parteivorstand war durch Genossen Weisk-Berlin vertreten. Den Bericht des Vorstandes gab der Parteisekretär Genosse Meyer. Derselbe bezog sich zunächst auf den gedruckten vorliegenden Bericht, den wir bei seinem Erscheinen einer Besprechung unterzogen haben und wies dann darauf hin, daß bis zur roten Woche ein Rückschlag zu verzeichnen war, der jedoch durch die Agitationswoche nicht nur nicht behoben, sondern noch einen Zuwachs von über 500 gebracht hat. Die Beitragssziffer ist in einzelnen Orten eine unzulängliche. Das Organisations- und Agitationsleben war kein gutes, nur der erste Kreis hat aus eigener Initiative im Vorjahr eine Anzahl Versammlungen mit dem Reichstagskandidaten abgehalten. In einzelnen Orten haben die Genossen die ihnen zugesandten Flugblätter liegen lassen, weil sie sich grundsätzlich von einer schriftlichen Agitation nichts versprochen. Der Bezirk legt sich zusammen aus 15 Städten, 225 Dörfern und 675 Ortshaften; das erschwere die Agitation außerordentlich: Die wirtschaftlichen Organisationen der Agrarier bereiten unserer Agitation große Schwierigkeiten; dieselben könnten jedoch etwas behoben werden durch Herausgabe eines gratis abzugebenden Monatsblattes für die ländlichen Kreise. Der Berichtskatter ging ferner auf die Ursachen der Mandatsniederlegung Rebenstorfs im Gutiner Kreis ein. Durchaus berechtigter Weise sei R. dafür eine Rüge erteilt worden, daß er — der finanziell nicht darauf angewiesen war — in einem Lokal, in Gutin arbeitete, über welches der Bonhoff verhängt war. Diese Rügerteilung gab R. Veranlassung, in einem Schreiben an die Regierung sein Mandat niederzulegen. Sein ganzes Vorgehen sei unter keinen Umständen zu billigen. Der Bezirksvorstand wurde nach längerer Debatte ermächtigt, die Herausgabe einer Monatszeitung für die Landbevölkerung ab 1. Oktober 1914 zu bewerkstelligen. Bezüglich der Presse wurden mancherlei bekannte Klagen laut, auf die wir hier des mangelnden Interesses wegen nicht eingehen. Abgelehnt wurde ein Antrag auf Einführung der Ziehungskisten der preussischen Klassenlotterie. Als Delegierter zum internationalen Kongress wurde Genosse F. Meyer bestimmt. Der alte Vorstand und Vorort wurden wiedergewählt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Kwigi  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Samstags in Lübeck.

**Verkauf lebender Bunt**  
vom Boot aus (4784)  
am Dienstag, dem 16. Juni  
vormittags von 8 Uhr ab an der  
Dankwartsbrücke  
und  
Holstenbrücke.

II Komitee- und  
Kommissionssitzungen

**Jugend-Ausschuss.**

Mittwoch, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
**Sitzung**  
im Jugendheim. (4749)  
Das Erscheinen der Arbeitskommission ist erwünscht.

Sonnabend mittags 12 $\frac{1}{2}$  Uhr ent-  
schlaf sanft nach langem in Geduld  
getragenen Leiden meine liebe Frau,  
unsere innigstgeliebte treuforgende  
Mutter  
**Katharina Schmidt**  
geb. Wiese  
im 70. Lebensjahre. In tiefer Trauer  
**Joachim Schmidt und Kinder.**  
Lübeck, den 13. Juni 1914.  
Die Beerdigung findet Mittwoch  
morgen 10 Uhr vom Allgemeinen  
Gottesacker (Burgtor) statt.  
Trauerfeier 9 $\frac{3}{4}$  Uhr. (4736)

Durch Unglücksfall starb in Stages-  
burg am 12. Juni 1914 unser Sohn  
**Joh. Wulfram**

im 15. Lebensjahre.  
Tief betrauert von den Eltern,  
Geschwistern und allen die ihm nahe  
standen. (4737)

Beerdigung findet am Mittwoch,  
17. Juni, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr, auf  
dem Borwerker Friedhof statt.

Allen denen, welche uns ihre Teil-  
nahme bezeugten und bei der Beer-  
digung unserer lieben Entschlafenen  
den Sarg so reich mit Kränzen  
schmückten, sagen wir unsern besten  
Dank. (4742)

**Frau Elisabeth Brockmann**  
geb. Steffen  
und Söhne.

# Polizeilich geschlossen!

wegen Ueberfüllung wurden  
fast täglich in Stuttgart, Mün-  
chen, Frankfurt, Köln, Braun-  
schweig, Bremen die Kassen  
der weltberühmten

Donnerstag  
Première  
Lübeck

Donnerstag  
Première  
Lübeck

# Circus Carré Festspiele.

Um ähnliche Drang-Szenen  
an den Kassen zu vermeiden,  
empfiehlt es sich, die Billetts  
**sofort** zu lösen in den

Donnerstag  
Première  
Lübeck

Donnerstag  
Première  
Lübeck

Zigarrengeschäften M. Niemeyer, Breite Str. 63, Fernspr. 1583.  
F. Sager, Kohlmarkt 3, Fernspr. 1333. (4740)

Seine Uhren-  
Reparatur-Werkstatt,  
Goldwaren-  
Reparatur-Werkstatt  
empfehlend (4745)  
Willi Westfahl,  
32 Holsten-  
strasse 32

**Vereinigte  
Butterhändler**  
von Lübeck  
und Umgeg.  
**Allerfeinste Meiereibutter**  
kostet Pfd. 1.30 Mk. (4748)



**Konsumverein**  
für Lübeck und Umgegend  
e. G. m. b. H.

**Bezirks-Versammlungen**  
für die Mitglieder der Waren-  
abgabestelle  
**Seeretz**  
am Mittwoch, dem 17. Juni  
abends 8 Uhr  
bei Herrn Gastwirt E. Cordts;  
für die Mitglieder der Waren-  
abgabestelle

**Moising**  
am Sonnabend, dem 20. Juni  
abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
im Lokale des Herrn Siemers  
(Kaffeekhaus).

Tagesordnung in beiden Versamm-  
lungen:  
1. Geschäftsbericht und Bericht des  
Genossenschaftsrats.  
2. Genossenschaftliches.  
Um zahlreichen Besuch der Mit-  
glieder und deren Frauen bittet  
Der Vorstand. (4769)

**Stadthallen-Sommertheater.**  
Montag, den 15. Juni  
abends 8 $\frac{1}{4}$  Uhr:  
Zum letzten Male:  
Der überaus lustige Schwank  
**Der ungetreue Eckehart**  
Von Sturm.

Dienstag, den 16. Juni  
abends 8 $\frac{1}{4}$  Uhr:  
Auftreten von Direktor V. Horwitz  
Die reizende alte Operette  
**Wiener Blut.**  
Von J. Strauß.

Mittwoch, den 17. Juni  
abends 8 $\frac{1}{4}$  Uhr:  
**Jettchen Gebert.**

Schauspiel von Georg Hermann.  
Vorverkauf zu allen Vorstellungen:  
Zigarrenhandlung Otto Borchert.  
Musikalienhandlg. F. W. Kaibel.  
Rudolph Karstadt.  
Dutzendkarten haben zu allen Vor-  
stellungen Gültigkeit. (4750)

**Hanftheater.**  
Direktion Ernst Albert.  
Dienstag, den 16. Juni:  
Die am Sonntag mit durchschla-  
gendem Erfolg und rauschendem  
Beifall aufgenommene Operette  
von Kolko:

**Der Juxbaron.**  
„Kleine Mädchen müssen schlafen  
gehn.“  
Mittwoch, den 17. Juni:  
**Das Farmermädchen.**  
Für Donnerstag in Vorbereitung  
die erfolgreichste Lustspielnovität  
**Eheferien.**  
Anfang stets 8 $\frac{1}{4}$  Uhr. (4758)

## Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

### Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 16. Juni 1914  
abends 8 $\frac{1}{4}$  Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52  
Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage in Dresden.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung. (4748)

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

### Mitglieder - Versammlung

am Dienstag, dem 16. Juni 1914  
abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
Im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.  
Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht vom 9. Verbandstag in Köln.
3. Kartellbericht.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand. (4753)  
NB. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämt-  
licher Mitglieder notwendig.



## KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde  
bietet für den geringen Jahresbeitrag von  
**nur M 4.80**

12 starke, reich illustrierte Monatshefte und  
5 naturwissenschaftliche Werke erster Autoren

**Belehrend / Unterhaltend**

Treten Sie sofort bei oder verlangen Sie Pro-  
spekt bzw. Probeheft bei Ihrer Buchhandlung  
oder der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart

## Schulschreibhefte

mit den neuen Schreibarten sind zu beziehen durch die  
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.

### Soldatenselbstmorde.

Reichstagsabgeordneter Karl Pinkau behandelt in der Chemnitzer Volksstimme die Ursachen der Soldatenselbstmorde. Er stützt einen Inhalt zur Beurteilung dieser Frage in der preussischen Statistik für 1907, welche Quelle folgende Angaben für die „Beweggründe der Selbstmorde in der preussischen Armee und in der Kaiserlichen Marine“ liefert:

1. Lebensüberdruß im allgemeinen	4
2. Körperliches Leiden	4
3. Geisteskrankheit	28
4. Nervenkrankheit	1
5. Unglückliche Liebe	2
6. Selbstsünder Lebenswandel	1
7. Trauer, Kummer	19
a) Gram über den Tod der Mutter	1
b) Heimweh	2
c) Schulden	3
d) Sorgen um die Zukunft	2
e) Mißliche Familienverhältnisse	3
f) Unglückliche Familienverhältnisse	8
8. Neue, Scham, Gewissensbisse (auch Furcht vor Strafe)	75
9. Verger und Streit	8
a) Ablösung als Burische	1
b) Unlust zum Dienst	4
c) Fühlte sich den dienstlichen Ansprüchen nicht gewachsen	2
d) Verletztes Ehrgefühl	1
10. Unbekannte Beweggründe	24

Zusammen Selbstmorde: 161

Es ist zu bemerken, daß die Zahl der Selbstmorde im Jahre 1907 noch erheblich unter dem Jahresdurchschnitt steht, der 220—240 Selbstmordfälle beträgt.

Betrachten wir nun die einzelnen Unterabteilungen der Selbstmordmotive, um festzustellen, wieviel Selbstmorde unmittelbar auf den Militarismus zurückzuführen sind:

Körperliches Leiden, Geisteskrankheit und Nervenkrankheit spielen eine erhebliche Rolle. Sie hätten von den Wertgen rechtzeitig erkannt werden müssen, um die damit behafteten Leute aus dem Heere zu entfernen. Denn Kranke, Geisteskranke und Nervenfranke gehören doch eben nicht in die Armee. Warum sehen die Militärärzte erst, daß der Soldat geisteskrank war, wenn er tot ist? War die Untersuchung nicht sorgfältig genug? Oder hat man die Leute, deren Geisteskrankheit man bei gewissenhafter Beobachtung erkennen mußte, als Simulanten betrachtet, wie das leider bei Kranken und Unfallsverletzten in Deutschland so häufig geschieht? Ist das nicht etwas Furchtbares, daß sich in einem einzigen (sobald ein besonders günstigen) Jahre 28 Soldaten das Leben genommen haben, weil man ihre Geisteskrankheit nicht rechtzeitig zu erkennen vermochte? Die Militärärzte mußten diese Angabe als eine schwere Anklage gegen sich empfinden und nicht ruhen, als bis sie darüber genügenden Aufschluß gegeben haben. Der Reichstag darf jedenfalls, soweit seine Mitglieder sich wirklich als Volksvertreter fühlen, nicht länger ruhig zusehen, daß fortwährend Geisteskranke in größerer Zahl so lange beim Militär festgehalten werden, bis sie sich das Leben nehmen.

Zu dieser Kategorie der Kranken kommt als zweite Kategorie die derjenigen, die aus Reue, Scham und Furcht vor Strafe sich das Leben genommen ha-

ben. Die Furcht vor Strafe ist wohl in allen Fällen auf die barbarisch harten Strafbestimmungen des Militärstrafgesetzbuches zurückzuführen. Auch bei Reue und Scham wird es sich regelmäßig um militärische Vergehen, wohl ausnahmslos um unüberlegte Verstöße gegen die militärische Ordnung und Leidenschaftstaten gegen Vorgesetzte, handeln.

Die Selbstmordgründe in der 9. Rubrik „Unlust zum Dienst, Körperliche Schwäche gegenüber den dienstlichen Anforderungen und verletztes Ehrgefühl“ hängen unmittelbar mit den Zuständen in der Kaserne zusammen. Hier ist der Militarismus als unmittelbare Ursache der Verzweiflungstat gar nicht abzutreiben.

Sehr verdächtig ist die Rubrik „Unbekannte Beweggründe“. Wenn den Eltern des unglücklichen Soldaten, der Selbstmord beging, vom Regiment mitgeteilt wurde, die Motive des Selbstmordes hätten sich nicht ermitteln lassen, haben die Eltern, wenn sie weitere Nachforschungen anstellten, fast stets brutale Mißhandlung als unmittelbares Selbstmordmotiv einwandfrei feststellen können, wie noch jüngst im Fall des Rekruten Emmeluth in Straßburg. Erst nach dem Eingreifen der Eltern wurde dort Anklage gegen die schuldigen „alten Leute“ und Unteroffiziere erhoben und die gebührende Strafe über sie verhängt.

Siehe wir die hier angeführten Rubriken zusammen, so erhalten wir 127 Selbstmorde in einem Jahre, die ihre Ursache in dem militärischen Drill und den Soldatenmißhandlungen haben. Es bleiben nur 24 Selbstmorde übrig, die allgemein menschliche Motive haben. Dabei darf man nie vergessen, daß alle diese Angaben auf den Feststellungen der Militärbehörden beruhen. Würde, wie in England, die Todesurache durch öffentliches Verfahren mit vereidigten Zeugen von einer unparteiischen Leichenschaukommission festgestellt werden, so würden aller Wahrscheinlichkeit nach auch bei diesen 24 Selbstmorden noch manche ermittelt werden, in denen nicht Familienverhältnisse, sondern militärische Gründe den jungen Menschen in den Tod getrieben haben.

Jedenfalls berechtigen auch diese Zahlen die Sozialdemokratie, den Kampf gegen die Soldatenshändereien und die übrigen Schäden des Militarismus mit aller Schärfe fortzuführen.

### Die rettende Unzurechnungsfähigkeit.

Während die bürgerliche Welt, einschließlich der „deutschen Demokraten“, sich wieder einmal über die Sozialdemokratie erregt, weil sie das Urteil gegen die Berliner Denkmalsbepinler als das zu bezeichnen wagte, was es ist, kommt gerade recht aus Hannover eine Kunde, die die schnell vergessende Welt an ein recht bezeichnendes Stück aus den oft seltsamen Wegen der Gerechtigkeit erinnert. Diese Meldung besagt nämlich, daß von dem Gericht in Hannover demnächst über einen Antrag verhandelt werden soll, die Entmündigung des Prinzen Prosper von Arenberg aufzuheben.

Vor zehn Jahren war der Name dieses Sprosses derer von Arenberg in aller Munde. Der Herr war, nachdem er sich als Offizier in Deutschland durch Trunksucht, Soldatenmißhandlungen und dergleichen hervorgetan hatte, zur Schutztruppe in Südafrika gekommen und hat dort die ihm verliehene Macht in der Weise ausgeübt, daß er auf eine kannibalischescheußliche Art einen

Bastard (Mischling) namens Cain ermordete. Dem Sterbenden trieb er den Ladestock des Gewehrs ins Gehirn und drohte ihm mit teuflischer Freude mehrmals herum. Das war selbst der nachsichtigen Kolonialverwaltung etwas zu stark, und der edle Prinz wurde in der Folge vor das Kriegsgericht der ersten Gardedivision in Berlin gestellt, das ihn zum Tode verurteilte.

Aber der Prinz wurde vor dem Schafott bewahrt. Der Kaiser begnadigte ihn zu zehn Jahren Zuchthaus. Indes hat der hochgeborene Herr die Mauern des Zuchthauses nie zu sehen bekommen — noch ehe er die Strafe angetreten hatte, erfolgte schon die zweite Begnadigung zu — zehn Jahren Gefängnis. Das wäre nun immer noch eine etwas unbequeme Sache für den Prinzen gewesen, denn als Soldat, der er doch war, hätte er die Gefängnisstrafe im Festungsgefängnis abtun müssen, wo bekanntlich für die Gemeinen — wozu der Herr durch die Ausstoßung aus dem Heere degradiert worden war — ein strenges Regime besteht und wo harte Arbeit geleistet werden muß. Aber siehe da — der Prinz kam nicht ins Festungsgefängnis, sondern in das Zivilgefängnis zu Hannover, wo er, wie ein bürgerliches Mißblatt damals bemerkte, die „höhere Gefängnisfarkriere“ einschlug, d. h. besser behandelt wurde, als mancher sozialdemokratische Redakteur, der zwar keinen Menschen gemordet, aber sich irgendeine Kritik an einer Institution oder potenten Persönlichkeit des Klassenstaates erlaubt hatte. So verbrachte der Prinz einige Jahre — dann aber war es der Prüfung genügt. Inzwischen war es seiner hochmögenden Familie gelungen, die nötigen Zeugnisse und Sachverständigenurachten dafür zusammenzubekommen, daß der Prinz bei Begehung der Tat unzurechnungsfähig gewesen sei. Die Wiederaufnahme des Verfahrens erfolgte und in diesem wurde der Prinz richtig wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen.

Er wurde dann, entsprechend seiner gesellschaftlichen Stellung, nicht in eine öffentliche Irrenanstalt, sondern in ein komfortables Sanatorium gebracht, wo er, obgleich er doch nach seinen Taten als gemeingefährlich zu betrachten war, eine relativ große Bewegungsfreiheit genoss. Schon damals sagten verschiedene Leute voraus, daß der Prinz alsbald diese leichte milde Haft verlassen und seine geistige Gesundheit wieder erlangen werde. Sie behielten recht. Vor einigen Jahren schon gewann der Herr Prinz seine volle Freiheit wieder, erwarb ein Gut in Argentinien, das er zeitweise selbst bewirtschaftete und bewegte sich, als sei seine geistige Gesundheit nie gestört gewesen und ein Mord von ihm nie wieder zu besorgen.

Aber der Herr ist noch immer entmündigt und das paßt ihm denn doch für die Dauer nicht. So ist denn der Antrag, die Entmündigung aufzuheben, beim Gericht in Hannover gestellt, und wenn alles nach dem Wunsche des Prinzen geht, wird ihm alsbald stattgegeben werden.

Die Unzurechnungsfähigkeit hat ihre Schuldigkeit getan, die Unzurechnungsfähigkeit kann gehen.

Es gibt Justizaffären, die schlieflich, wie man sieht, doch noch zu einem guten Ende kommen. Wohl uns!

### Aus der Partei.

Parteidifferenzen im Agitationsbezirk Frankfurt a. M. Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Leipziger Volkszeitung“ von den Verhandlungen der Kreisgeneralversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Höchst-

### In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaifer.

(17. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Sie sind früh aufgestanden.“

„Wir waren in der Nacht nicht draußen. Die See war am Abend zu schwer.“

„Was haben Sie denn auf dem Wagen da?“

„Ich bringe die Sachen von Dagmar Engelbrecht.“

„Hallo, da bringen Sie etwas Gutes!“ rief Asmussen etwas überascht; er hatte von Dagmar keine Nachricht erhalten.

Der Fischer lachte.

„Dagmar selber wäre mir aber doch noch lieber.“

„Nun, wenn die Sachen da sind, wird die Besizerin ja auch bald kommen. Da!“ meinte der Fischer lakonisch und legte in die Straße hinaus, die von Carlssens Laden zum Pferdemarkt hinunterführte.

Dort oben kam Dagmar mit schnellen festen Schritten herbeigegeeilt; sie winkte schon von weitem in ihrer munteren Art.

„Sie hätten mich fast im Bett erwischen können,“ meinte Asmussen, als er ihr die Hand gab und ihr in die lachenden Augen sah. „Das ist bei mir sonst ein seltener Fall.“

Dagmar freute sich.

„Wann sind Sie denn gekommen?“

„Gestern um zehn Uhr abends. Ich hätte Ihnen einen Boten hinunterschieden wollen; ich nahm aber an, daß Ihre Gaststube bei diesem Unwetter doch schon dunkel sein würde.“

„Das war sie auch.“ Ein Seitenblick streifte ihr flottes neues Pelzjackett.

„Ist es nicht hübsch?“ Sie hob die Arme empor und drehte sich grazios um.

„Es steht verdammt gut aus.“

„Es steckt ein Teil von meinem Lohne darin. Als wir es hier im Lande so kalt fanden, schenkte mir die Frau es beim Abschied.“

„Die Frau hat Geschmack gehabt.“

„Nun, ausgelacht habe ich es selbst.“ Sie lächelte ihn lässig an.

„Dann haben Sie Geschmack gehabt. Aber nun kommen Sie ins Haus. Der Fischer trägt Ihnen unterdessen schon die Sachen hinauf. Werben Sie mit der schweren Kommode allein fertig?“

Dagmar lachte. „Der schafft mehr als das.“ Der Fischer lächelte sich geschmeichelt und buckte mit dem schweren Ding

die Treppe hinauf. Er hatte eigentlich Lorenz Asmussen bemühen wollen. Als aber Dagmar seine Kräfte in dieser Weise einschätzte, ging es auch so.

In der Gaststube blieb Asmussen einen Augenblick stehen, gab Dagmar die Hand und sagte ernst:

„Nun seien Sie mir also willkommen, Fräulein Engelbrecht.“

Dagmar ließ ihm ihre Hand sehr lange und sah ihn tief mit ihren braunen Augen an.

„Ich will mein Bestes tun.“

„Das sind wir von Ihnen gewohnt, und nun kommen Sie in Ihr neues Reich. Behalten Sie aber das Jackett an; es ist noch kalt in allen Zimmern.“

Es war in der Tat noch überall kalt, aber Asmussen hätte das Jackett auch nicht gern vermisst.

„Ich mache es auf,“ enthielt Dagmar und schlug es zurück, daß ihre breite, junge Wülste aus dem Pelzwerk hervor-schimmerte. „Sonst wird es mir doch zu heiß.“

„Junges Blut. Uns andern wird an einem solchen Morgen nicht leicht zu heiß. Wenn wir uns alles angesehen haben, werden wohl auch die Dienstmädchen aus den Federn gefunden haben.“

Dann gingen sie miteinander durch das Haus; durch die Küche und die Keller, durch alle Wohnräume und Fremdenzimmer, auf den Boden hinauf und in den Keller hinunter, wo die Feuerung aufbewahrt wurde. Im ersten Stock blieb Asmussen stehen und öffnete die Tür.

„Was Sie hier sehen, ist mein Zimmer. Es kann nicht vermietet werden, weil es über dem Torweg liegt. Der Wind streicht darunter durch und es ist zum Schlafen zu eifrig kalt. Im Sommer kommen auch in aller Herrgottsfrühe die Bauernwagen und rasseln den Fremden nach. Am Nachmittage aber kann ich einheizen, bis es gemütlich wird, und dann habe ich immer den Ausblick auf den Markt.“

„Ein hübsches Zimmer, aber wenn ich Ihnen eins aussuchen dürfte, hätten Sie doch ein besseres bekommen.“ Asmussen lächelte. „Ich bin zufrieden.“

Dann gingen sie nach dem Hinterzimmer des ersten Stocks hinüber. „Und hier wohnen Sie.“ Der Fischer hatte bereits die Sachen hineingestellt.

Dagmar brach in einen Ruf des Entsetzens aus. „Aber das ist ja viel hübscher als Ihr eigenes, Herr Asmussen.“

„Das meine ich auch nur ein Notbehelf für einsame Stunden. Ich bin im allgemeinen unten.“

„Wollen wir nicht gleich die Bilder aufhängen?“ Sie klatschte wie ein Kind in die Hände.

Asmussen lächelte still. „Das können wir machen.“

„Nicht wahr? Holen Sie mir Hammer und Nägell

Bitte, bitte!“ Das Mädchen war geradezu in Eifer geraten.

Asmussen bekam junge Beine und verschwand. Als er fort

war, stand sie einen Augenblick mit kalten, finnen Augen.

Ueber ihr schlofen die Klänge, neben ihr Lorenz Asmussen

selbst, dort drüben war sein Nachmittagszimmer. Hm!...

Inzwischen kam ihr neuer Herr eifertig mit dem Handwerkszeug.

Dagmar war wieder ein fröhliches Kind.

„Sehen Sie, Asmussen!“ rief sie mit einem Anflug un-

schuldiger Vertraulichkeit. „erst müssen wir dies aufhängen.

Ist das nicht hübsch?“

„Was ist es denn?“

Sie stellte sich nicht neben ihn und zeigte ihm das Bild.

Asmussen lächelte, als wenn er ein Spielzeug betrachten

solte. Es war ein Familienbild; der Hotelier in Kiel mit

Frau und Kindern.

„Nun, das ist freilich hübsch,“ sagte er dann, „das muß

den Ehrenplatz bekommen.“

„Nicht wahr? Halten Sie es, bitte, an die Wand! Sie

sind ja groß.“

Asmussen hielt das Bild an die Wand.

„Noch etwas höher hinauf! So ist es fein. Nun halten

Sie es, bitte, fest.“

Im Nu war ein Stuhl herangebracht. Dagmar stieg

eifertig hinauf und schlug den Nagel fest. Es war nicht ihre

Schuld, daß ihre Brust dabei Lorenz Asmussens Gesicht be-

rührte. Asmussen lächelte im stillen. Das Mädchen dachte in

ihrem Eifer an nichts.

„Darf man die andern Herrlichkeiten sehen?“

„Da!“ Es war ein Bild aus Steindorf. Dagmar im

Strandkostüm.

„Donnerwetter!“

„Als ich zum erstenmal zur Erholung hinübergeschickt

wurde, schenkte mir die Frau das Kostüm. Ich wurde so froh,

daß ich mich gleich photographieren ließ.“

„Und die andern?“

„Eine Wichtigturaufnahme vom Lokal beim Frühschoppen.

Die Gäste haben alle die Gläser. Das da hinten bin ich.“

Wagen. Auf dieser Versammlung ist über die Haltung des Parteiorgans, der „Frankfurter Volksstimme“, Beschwerde geführt worden. So hat der Bezirkssekretär, Genosse Dikmann, erklärt, daß die Preschkommission schon vor Jahresfrist der Redaktion aufgegeben habe, mehrere Mitarbeiter aus dem linken Flügel der Partei heranzuziehen, daß aber diesem Beschlusse entgegen die andere Richtung auffallend pouffiert wurde. Weiter ist über die Art und den Inhalt der Arbeit des Genossen Dr. Quark für die „Volksstimme“ Klage geführt worden. Er soll seine Arbeit im Reichstage in der „Volksstimme“ zu sehr in den Vordergrund stellen; außerdem wurde ihm vorgeworfen, daß er in einem Artikel dem Genossen Brühne, Reichstagsabgeordneter für den Kreis Höchst-Uffingen zu nahe getreten sei. Die Verhandlungen der Generalversammlung des Reichstages Höchst-Uffingen über diesen Punkt endeten mit der Annahme folgender Entschlüsse:

1. Die heutige Generalversammlung verurteilt aufs entschiedenste das Gebahren eines politischen Redakteurs, seine persönliche Tätigkeit im Reichstage fortzusetzen in den Vordergrund zu stellen, umso mehr, da die Preschkommission dieses Gebahren wiederholt schon verurteilt und mißbilligt hat.

2. Die heutige Generalversammlung beschließt, bei der Preschkommission über den Artikel in Nr. 118, 1. Beilage, „Vom Frankfurter Telegraphenamt“ beizutreten, der sich mit einer Rede des Genossen Brühne im Reichstage befaßt, Beschwerde zu führen.

Dieser Beschluß wurde in der „Frankfurter Volksstimme“ in auffälliger Form veröffentlicht. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. vom letzten Dienstag, die sich gerade mit dem Bericht der Preschkommission beschäftigte, hat gleich zu dem ungewöhnlichen Vorgehen der Generalversammlung des Wahlkreises gegen den Abgeordneten des Nachbarwahlkreises Stellung genommen. Von dem Vorstand und den Frankfurter Mitgliedern der Preschkommission war der Generalversammlung, die sehr stark besucht war, eine Entschlüsselung vorgelegt, in der es heißt:

„Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. erblickt in der Stellungnahme der Kreisgeneralversammlung des Höchst-Uffinger Wahlkreises eine den allgemeinen parteigenössigen und politischen Rücksichten widersprechende Handlungsweise.“

Nach sehr lauter Debatte, an der sich die Genossen Brühne, Diekmann, Hammer, Ortlepp, Quark und Zielowski beteiligten, wurde die Entschlüsselung mit großer Mehrheit angenommen.

### Das Sizenbleiben beim Kaiserhoch.

Das Sizenbleiben unserer Reichstagsfraktion beim Schluß der Reichstagsession hat nicht nur in bürgerlichen, sondern auch in Parteikreisen Anlaß zu Regierungen gegeben. So haben in der „Soz. Monatsch.“ die Abgeordneten Genossen Heine und Ehm. Fischer sich gegen die neue Art der Demonstration gewendet. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Partei durch die Auspeitzung der byzantinischen Leidenschaften wenigstens vorübergehend Schaden haben würde. Wohl hat sich auch Dr. Gradnauer in der „Dresdener Volkszeitung“ ausgesprochen und auch die Chemnitzer „Volksstimme“ hält die Verrücktheit im Verhalten der Fraktion für wenig vorteilhaft. In der „Vergißlichen Arbeiterstimme“ wird nun nachzuweisen versucht, daß beim Sizenbleiben gar keine Demonstration beabsichtigt gewesen sei.

Es habe sich bei dem veränderten Verhalten der Fraktion nur darum gehandelt, der durch die Größe der Fraktion eingetretenen Veränderung der äußeren Umstände beim Kaiserhoch in einer Weise Rechnung zu tragen, daß die persönliche Würde der Fraktionsmitglieder und das Ansehen und die Verantwortlichkeit der Gesamtfraktion gewahrt wurde. Schon als die im Januar 1912 gewählte 116 Mann starke Fraktion beim Schluß des Tagungsabschnittes der ersten Session im Juni 1912 vor dem Kaiserhoch in hergebrachter Weise den Sitzungsraum verließ, entstand ein Scheitern und Drängen an den Saalausgängen, und die bürgerlichen Parteien begleiteten den Exodus mit so höhnischen Zurufen, sich zu beeilen, daß unter den Fraktionsmitgliedern sofort draußen im Foyer über das Unwürdige dieses Hinauslaufens vor dem Kaiserhoch lebhafte Gespräche wurden. Man meinte, so könne das nicht weitergehen, die Fraktion mache sich durch das Vorlaufen lächerlich. Als die Fraktion klein war, habe man es kaum bemerkt, wenn sie den Saal verließ, jetzt, wo sie über ein Viertel des Reichstages ausmache, müsse der Exodus im Saal wie auf den Tribünen Aufmerksamkeit erregen, und könne bei der Eile, in der er sich

abspiele, nur als eine Blüte der Fraktion wirken. Es würde viel richtiger sein, einfach zu bleiben und die monarchische Demonstration der bürgerlichen Parteien zu ignorieren. Darüber müsse einmal in der Fraktion geredet werden. Die Fraktion sei dann an diese Notwendigkeit wieder erinnert worden, als am 14. Juni 1913 zum 25jährigen Regierungsjubiläum des Kaisers nach der Verabredung im Senatorenkonvent Präsident Rämpf die Sitzung mit einer feierlichen Ansprache eröffnen und diese mit einem Kaiserhoch schließen solle. Die sozialdemokratische Fraktion blieb draußen im Foyer, um erst nach dem Hoch auf den Kaiser den Sitzungsraum zu betreten. Da habe aber der Reichstagsparteiliche Schulz der Fraktion einen übeln Streich gespielt, indem er beantragte, zur Ehre des Tages die Sitzung aufzuschieben, was auch beschlossene wurde. Verbüßt sah die Fraktion die bürgerlichen Abgeordneten den Saal verlassen und erfuhren, daß die nächste Sitzung erst 3 Tage später sei und sie nach Hause gehen könnten. Da habe man es scham und Vergewaltigung empfunden und sich gesagt, daß es unhaltbar sei, den bürgerlichen Parteien den Sitzungsraum allein zu überlassen und ihnen die Möglichkeit zu geben, allein Beschlüsse zu fassen. 14 Tage später, als der Reichstag wieder über den Sommer vertagt werden sollte, sei Bebel von vielen Genossen bestärkt worden, doch dafür zu sorgen, daß die Fraktion der unwürdigen Komödie des Hinauslaufens ein Ende mache und einfach im Saal und ruhig auf den Plätzen sitzenbleibe. „Ja, wenn Ihr alle einverstanden seid, mir ist es recht“, habe Bebel geantwortet, wie im Gegensatz zur Behauptung Heines ausdrücklich festgestellt wird. Da aber Einspruch von Genossen der Rechten erhoben wurde, blieb es so wie bisher. In einer Fraktions-sitzung vom 4. Februar 1914 wurde nun Stellung zu dieser Frage genommen. Das Ergebnis der Abstimmung war 52 Stimmen für Verbleiben und Sizenbleiben im Saal und 47 Stimmen für das Hinausgehen. In der darauf folgenden Fraktions-sitzung wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß sechs bis acht Fraktionsmitglieder, die bei der Abstimmung gefehlt hatten, nachträglich die Erklärung abgegeben hätten, sie würden gegen den Beschluß gestimmt haben, und wenige Tage vor Schluß der Session beantragte ein Mitglied der Rechten der Fraktion, von der Ausführung des im Februar gefassten Beschlusses in diesem Jahre mit Rücksicht auf die politische Situation und weil sich durch die nachträgliche Erklärung einzelner Fraktionsmitglieder die Mehrheit in einer Minderheit vermindert habe, Abstand zu nehmen. Da Mitglieder der Linken dagegen schärfsten Protest erhoben, wurde der Antrag zurückgezogen. In der Schluss-sitzung, in der nur der Beschluß ausgeführt wurde, fehlte eine Anzahl der Genossen der Rechten.

Die „Vergißliche Arbeiterstimme“ behauptet zum Schluß, zur tatsächlichen Begründung des von der Fraktion gefassten Beschlusses hätten keinerlei Argumente für einen verstärkten Kampf gegen die Monarchie oder die Person des Kaisers eine Rolle gespielt. Niemand hätte eine Demonstration beabsichtigt.

### Verbandstag der Transportarbeiter.

In öffentlicher Sitzung am Freitag wurde zunächst die Entschlüsselung des Verbandstages bezüglich des in nicht-öffentlicher Sitzung beratenen Punktes: „Unsere Lattik im wirtschaftlichen Kampfe“ bekanntgegeben. Derselbe lautet:

„Der 9. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes erklärt sich mit den vom Verbandsvorstand bisher angewandten Grundsätzen betr. Lattik im Wirtschaftskampfe einverstanden und hält eine Verschärfung derselben im Sinne der Ausführungen des Referenten für unbedingt notwendig. Der Verbandstag billigt weiter ausdrücklich die vom Verbandsvorstand bezüglich des Verhaltens der Mitglieder bei Einleitung und Durchführung von Lohnbewegungen und Streiks gegebenen Anweisungen.“

Die Debatte über die zukünftige Beitragsgestaltung war gleichfalls in geschlossener Sitzung gepflogen worden. Das Resultat derselben war, daß die von uns mitgeteilte Beitragskategorie mit geringfügigen Abänderungen in namenhafter Abstimmung mit 124 Delegiertenstimmen, die 137 323 Mitglieder vertreten, gegen 57 Stimmen mit ca. 73 537 Mitglieder. Die Abänderungen bestehen darin, daß der Beitrag für Klasse 3 nicht 45, sondern 50 Hg. betragen soll. Dafür werden in dieser Klasse die Unterstützungsfälle der bisherigen Beitragsklasse 2 gewährt. Bezüglich der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wurde folgende Resolution angenommen:

Der von der Regierung im Herbst 1913 dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf, die Neuregelung der Sonntags-

ruhe im Handelsgewerbe betreffend, dessen Verabschiedung durch den Schluß der Reichstags-session verhindert worden ist, entspreche in keiner Beziehung den Wünschen der Handelsarbeiter auf Gewährung des freien Sonntags und wurde den dringenden sozialpolitischen Forderungen unserer Zeit nicht gerecht. Die Reichstagsverhandlungen und die Beschlüsse der Reichstagskommission haben gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien des Reichstags in ihrer Mehrheit den Forderungen der Handelsarbeiter auf einen völlig freien Sonntag nicht entsprechen wollen. Die Geschäfts-inhaber haben eine umfassende Gegenaktion eingeleitet, um die Durchführung der vollen Sonntagsruhe auf gezieltem Wege zu vereiteln. Ihre Klagen fanden willig Gehör bei der Regierung und den bürgerlichen Parteien. Die volle Sonntagsruhe ist für die Handelsarbeiter eine Lebensfrage, der Kampf für sie muß energisch weitergeführt werden. Wenn den Gegnern der vollen Sonntagsruhe die Profitinteressen höher stehen als die körperliche und geistige Gesundheit der Handelsarbeiter und von der Regierung und dem Reichstage in ihrem volkschädigenden Tun unterstützt werden, so haben wir uns dagegen zu wenden. Der Verbandstag erblickt in der Stärkung der Organisation das beste Mittel, um unsere Forderung: „Einführung der vollen Sonntagsruhe“, die nur die Gesetzgebung bislang verweigert hat, zu verwirklichen.

Aus der Statutenberatung haben wir hervor, daß ein Antrag auf Einführung von Umzugsunterstützung abgelehnt wurde. In besonderen Fällen soll diese Unterstützung jedoch gewährt werden. Abgelehnt wurde auch der Antrag Lübeck, daß in jedem Ausschlußverfahren innerhalb 4 Wochen der Antragstellern Bescheid gegeben werden soll. Eine Erhöhung des Eintrittsgeldes findet nicht statt. Beschlossen wurde, Streikunterstützung in der Regel erst von der 19. Woche (statt sechster Woche) zu gewähren. Die Anträge auf Herabsetzung der Diäten wurden abgelehnt. Die Anträge auf Verschmelzung mit anderen Organisationen ungelerneter Arbeiter wurden dem Vorstand überwiesen. Der von uns bereits erwähnte Antrag Beer, bez. Abschluß von Kartellverträgen, wurde abgelehnt. Der nächste Verbandstag findet in Stuttgart statt.

Die Debatte über den Genossenschaftstarif war ein äußerst reger. Ein Teil der Redner billigte den Tarif, während ein anderer Teil denselben verwarf und als vollständig ungenügend bezeichnete. In einer Entschlüsselung betonte der Verbandstag, er erwarte, daß Herabsetzungen der Löhne nicht stattfinden. Der Tarif wurde darauf gegenwärtig angenommen.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Der Ausschuss bleibt in Magdeburg. Mit einem kräftigen Schlußwort Dörings fand die Tagung ihr Ende.

### Verbandstag der Schuhmacher.

Am fünften Verbandstag erfolgte die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Aus jedem der zehn Bezirke wird ein Delegierter entsandt. Über die Bedrohung des Koalitionsrechts spricht sodann Reichstagsabgeordneter Vock (Gotha). Der Redner stützt sich zunächst die Entwicklung des Koalitionsrechts, um dann die neueste Rechtspraxis zu beleuchten, die einer Aufhebung des Koalitionsrechts gleichkommt. Der Aufstieg der Arbeiterklasse sei mit Hunderten von Jahren Gefängnis besetzt. Bei den Unternehmern aber kenne der „Rechtsstaat“ keine Ungleichheiten, keinen Terrorismus, keine Erpressungen, obwohl die Unternehmern ihre mittelständliche Macht in der schärfsten Form gegen Arbeiter und Außenseiter in ihren Kreisen anwenden. Seit dem vorigen Jahre hört man nichts mehr von Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterkraft, aber hinter den Kulissen ist man eifrig am Werke, um durch Bestimmungen im gemeinen Recht, die Auswüchse des Koalitionsrechts zu treffen. Die Masse kennt die Größe der Gefahr noch gar nicht, auch Arbeiterführer sind sich anscheinend noch nicht klar darüber, was mit der Strafgesetznovelle durchgesetzt werden soll. Die Arbeiter dürfen sich nicht einschließen lassen. Die Bestimmung, daß der hehracht werden soll, der einen andern „in seinem Frieden stört“, soll die Handhabe dazu bieten, streikende Arbeiter, Gewerkschaftsführer und Redaktoren gegebenenfalls ins Gefängnis zu sperren zu können. Es sind Strafen bis zu fünf Jahren Gefängnis und Unterbringung im Arbeitshaus vorgesehen. Wer die deutsche Rechtspraxis kennt, weiß, was bei Anwendung einer solchen Bestimmung zu erwarten ist. Je weiter wir vordringen, um so sinnloser und brutaler wird sich die Kapitäl-

„Jaules Volk, kann nicht aus den Federn finden“, sagte Dagmar halb im Scherz.

„Aber, Sie haben ihre Arbeit.“

Dagmar merkte sich die Antwort. Der Wirt auf „Waldeslust“ war in dem Punkte anders gewesen.

Im Gastzimmer brannte bereits ein lustiges Feuer. Es knisterte so tapfer los, als wollte es dem kalten Morgen mit jugendlicher Fröhlichkeit zu Leibe gehen. Asmussen führte sie hinter das Büfett, zeigte ihr die Getränke, nannte ihr die Preise und unterrichtete sie von allen Kleinigkeiten. Dagnars heller Gesichtsausdruck jedes einzelne gleichsam im Sprung und hielt es fest. Als sie nun in alle Kleinigkeiten eingedrungen war, legte sich Asmussen an einen Tisch im Hintergrunde der Gaststube und bat Dagmar, ebenfalls Platz zu nehmen; sie legte ihr Jackett ab und setzte sich, wie zu einer vertraulichen Aussprache, ihm gegenüber.

„Sie werden nun gleich in der ersten Zeit viel zu tun kriegen.“

„Was macht denn das“, sagte Dagmar gedämpft; es war ein leises Bedauern in ihrem Tone.

„Es sind in Ihrer Abwesenheit große Dinge vorgegangen.“

Dagmar lächelte; die „großen Dinge“ in ihrer Vaterstadt kannte sie.

„Ja, Sie lächeln; es ist in diesem Falle aber doch so. Haben Sie vor dem neuen Badehotel etwas gehört?“

„Badehotel?“ Ihr Interesse hing an, erge zu werden.

„Ja, es wird draußen an der Bushy ein großes neues Badehotel gegründet.“

„O, das ist fein!“ Es frög warm in ihr auf. Die Aussicht auf einen regen Verkehr von Großstädtern entzückte sie. Ihre Augen aber waren voll kindlicher Regier und Freude.

Asmussen lächelte. „Kann Sie nun aber erst erfahren, wer das neue Hotel gründet?“

„Ja, bitte, bitte!“ Sie rühte in brennendem Interesse auf ihrem Stuhl hin und her und sching sich ungeduldig auf die Beine. Asmussen freute sich und ließ sie zappeln.

„Sie haben ja einen hellen Kopf. Raten Sie doch!“

„Nein, das kann ich nicht. Seien Sie doch nicht so leichtgläubig! Ich weiß keinen, der hier so etwas gründen könnte.“

„Na, wir haben doch einen, der manües gegründet hat. Kennen Sie den nicht etwas?“

„Nein, weiß Gott nicht“, sagte Dagmar resigniert und schüttelte wie verzweifelt den Kopf.

„Was meinen Sie denn von Axel Halvorson?“

„Aber der!“ Dagmar brach in ein lautes Gelächter aus.

„Der versteht von Hotelwesen ja nicht so viel.“ Sie schnipfte mit den Fingern.

Asmussen war belustigt. Dagmar kam sich in diesen Dingen offenbar klüger vor und ließ sich von Axel Halvorson nicht imponieren.

„Er könnte sich ja mit einem Fachmanne in Verbindung setzen“, meinte er dann langsam und hatte den Schelm im Auge.

„Das wäre etwas anderes.“ Dagmar sah klug und nachdenklich aus.

„Aber also, er hat es getan. Axel und ich gründen das neue Hotel.“

„Was?“ schrie Dagmar und sprang in die Höhe. „Wollen Sie wirklich mittun, Herr Asmussen? Nun, dann soll es wohl etwas werden! Als Geschäftsmann ist Axel ja sehr tüchtig.“

„Das ist er wahrhaftig“, sagte Asmussen ernst; er hatte in den letzten Wochen Axels organisatorisches Talent kennen gelernt.

„Aber nun begreifen Sie wohl, daß Sie viel zu tun bekommen.“

„Das ist ja selbstverständlich. Sie werden eben häufig zu Axel hinaus müssen.“

„Nun, er kommt meistens zu mir. Wir haben hinten im Speisezimmer unser Bureau aufgeschlagen. Dort sind wir ja untertags angeführt. Aber nur wollen wir endlich einmal nach unsem Frühstüd gehen.“

Asmussen ging an der Küche vorbei nach dem länglichen Speisezimmer, das hinten in den Hof hinausführte. Im Vorbeigehen bestellte er bei den Wägden das Frühstüd. Im Speisezimmer war die lange Tafel mit schneeweißen Linnen und höchsten Laffern gedeckt. Asmussen setzte sich in seinen Armstuhl an dem einen Ende des Tisches.

„Sagen Sie mir, Fräulein. Die wenigen Gäste, die heute oben sind, erscheinen erst später. Wir werden unsern Kaffee in aller Ruhe genießen können.“

Die Wägd brachte den Kaffee in einer großen neusilbernen Kanne und das würzige Getränk löste Dagmar die Zunge. Sie war Feuer und Flamme für das Hotel und so voll fröhlicher Hoffnung, daß es durch Asmussens Wert von neues Leben rann. Es war ihm, als habe der Morgenkaffee ihm nie so gut geschmeckt und als sei es ein Sonntagmorgen. Und dabei war es doch zuerlässlich ein Werktag.

Als später die Gäste herunterkamen, fanden sie Dagmar bereits so fest und sicher auf der Kommandobrücke, als hätte sie in diesem Hause bereits seit Jahren das Regiment geführt. Sie blieben alle etwas länger an der Tafel sitzen; so wunder und angenehm wurde man nur selten bedient.

Auch den Gästen war es, als ob der Tag ungewöhnlich hell begänne.

Um zehn Uhr nahm dann im Gastzimmer das Treiben der „Börse“ seinen Anfang. Draußen lag der graue, kalte, Oktobertag, im Ofen aber knisterte und flackerte das helle Feuer. Dagnars frische Jugend belebte den Raum und es entstand eine behagliche Stimmung, in die man sich nach dem Sturm der letzten Nacht umso lieber einspinnen ließ.

„Hallo“, rief jeder neu Eintretende Gast, „was ist denn hier für eine Veränderung vorgegangen?“

Dagmar war für die Gäste ebenso unerwartet gekommen, wie für Asmussen selber, und alle hatten das Empfinden, als wäre die alte solide Gastwirtschaft heute ganz neu eröffnet worden. Dagmar aber ließ ihre ganze schelmische Lebensmüdigkeit spielen und setzte sich gleich am ersten Tage bei den Gästen so fest im Sattel, daß sie in ihnen eine Garde erhielt, auf die sie sich unter allen Umständen verlassen konnte. Die Gäste hingen — so oder so — alle mit der Landwirtschaft zusammen, auch die städtischen Kaufleute, die hier am Vormittag ihr Glas Bier tranken, waren auf die Landkundschaft angewiesen. Es war der gute und unter Umständen sehr wohlhabende Mittelstand, den man hier traf, tüchtige und angesehene Leute, aber doch im Grunde nicht das, was Dagmar gern wollte; es fehlte ihnen die elegante Lebensart, die sie liebte. Im allgemeinen saßen die Gäste an den Tischen, die vorn an den Fenstern standen, man konnte dann einen etwaigen Vorgang auf dem Markte beobachten und diesen oder jenen Bekannten herbeirufen. Der große, runde Tisch im Hintergrunde blieb frei, und mit diesem Tische hatte Dagmar sofort ihren besonderen Plan.

Sie bestimmte Asmussen, neben dem gewöhnlichen hellein Bier ein gutes Jaß Münchener anzukochen, das sie nicht in spizen Apothekergläsern verschente, sondern in geschäftigen Seideln mit blauen Zimmedeln, wie sie die Stammgäste in Kiel gehabt hatten. Dann führte sie einen delikaten kleinen Morgenimbiss ein, der auf den Geschmack von Kennen berechnet war. Zarten Lachs, Kaviar, ein sehr teures Hamburger Rauchfleisch, französischen Käse und allerlei marinierte Sachen in besonders feiner Zubereitung. Während das Frühstück im allgemeinen den Wägden überlassen blieb, richtete sie diese Dinge immer persönlich her und sie hatte Geschmack genug, die einzelnen Samitten so nebeneinander zu legen, daß sie auch ästhetisch das Herz erquickten.

„Es ist eine Lust, zu leben“, sagte der Zahnarzt, als er den ersten Bissen mit Wohlbehagen in den Mund that; „in meiner Vaterstadt werden menschliche Gitten eingeführt.“ (Fortsetzung folgt.)

littliche Gesellschaft wehren. Es ist ihr jedes Mittel recht. Die Kapitalistenklasse leidet nicht an Gefühlslaberei. (Sehr richtig!) Der Zentralverband der Industriellen ist nicht nur eine große wirtschaftliche, er ist auch eine große politische Macht. Für diese Unternehmensorganisation gilt der Grundsatz des Regensburger Bischofs: *Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!* Der konservative Antrag auf verstärkten Arbeitswilligenzuschuß ist im Reichstage zwar nicht durchgedrungen, aber das Zentrum ist sehr unzuverlässig, und auch der Fortschrittler Kopfch ist schon gemeint, man würde die Forderungen der Unternehmer nicht abweisen. Man kann daher nicht wissen, was das Schicksal des konservativen Antrages sein wird, wenn er zu späterer Zeit wieder dem Reichstage zugeht. Alles, was auf kapitalistischem Boden steht, schließt sich gegen die Arbeiterklasse zusammen. Es gibt in Deutschland keine politische Freiheit ohne gewerkschaftliche Freiheit. Die Gewerkschaften dürfen nicht zurückstehen, wenn die Arbeiterklasse zum politischen Kampfe aufgerufen wird. Der Redner schließt unter lebhaftem Beifall mit dem Dichterwort: *Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!* Ohne Debatte wird darauf eine Resolution im Sinne der Rede, in der gegen die Scharfmacherischen Treibereien gegen die Arbeiterklasse protestiert wird, angenommen. Es folgt die Beratung der Anträge zum Statut. Wendig (Berlin) berichtet für die Statutenberatungskommission. Von 63 Anträgen werden nur 30 genügend unterstützt. Die Debatte über die einzelnen Anträge, die durchweg von untergeordneter Bedeutung sind, muß schließlich abgebrochen und auf Sonnabend vertagt werden.

## Gewerkschaftsbewegung.

Zur Glasarbeiterausperrung in der Lausitz. Die Industriellen haben am 6. Juni sämtliche Arbeiter entlassen, nur in zwei Betrieben sind einige Gelbe zurückgeblieben. Rund 1200 organisierte Glasarbeiter, 300 nicht organisierte und 2000 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die ebenfalls nicht organisiert sind, kommen bei dieser Aussperrung in Betracht. Der Verband der Glasarbeiter hat alles versucht, um eine friedliche Regelung der Differenzen herbeizuführen. Der Vorsitzende des Berliner Gewerbegerichts, Herr von Schulz, versuchte, die Differenzen durch ein Schiedsgericht zu erledigen. Als dies von den Unternehmern abgelehnt wurde, hat sich Herr Professor Franke an die Unternehmer gewandt und seine Vermittlung angeboten. Die Unternehmer haben darauf ein Ultimatum gestellt, wonach die ausländischen Arbeiter in Kaufbau bis zum 22. Juni cr. die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Die Arbeitszeit sollte bis zu einer späteren Regelung 9½ Stunden betragen. Die Verbandsleitung wollte sich bemühen, auf die Kaufhauer Fabrikanten einzuwirken, daß die bereits gemachten Lohnzugehörigkeiten aufrecht erhalten werden. Falls die Arbeiter sich bereit erklären, diese Bedingung zu erfüllen, sollte die angekündigte Aussperrung unterbleiben. Weigern sich die Arbeiter in Kaufbau, so seien sich die Fabrikanten auf Grund eines am 4. Juni in Berlin gefaßten Beschlusses ihrer Delegierten aus ganz Deutschland darin einig, der bereits angekündigten Aussperrung im Laufe des Juni weitere Aussperrungen folgen zu lassen. Professor Franke machte den Vorschlag, daß im Laufe der nächsten Woche Vertreter des Verbandes der Unternehmer und der Organisation der Glasarbeiter unter Hinzuziehung der Generalkommission in Berlin zusammentreten sollen; bis zu einer endgültigen Regelung der Arbeitszeitfrage sollten alle Streikigkeiten ausgeschaltet werden.

Die Unternehmer nahmen diese Vorschläge an unter der Bedingung, daß bis zur endgültigen Regelung der Arbeitszeit sich die Gewerkschaft verpflichtet, in sämtlichen Verbandsbetrieben Arbeitseinstellungen zu verhindern. Wird diese Bedingung erfüllt, so sollte von jeder Aussperrung abgesehen werden. Sie erklärten sich bereit, am 1. Oktober in Verhandlungen über eine allgemeine Regelung der Arbeitszeit mit den Beauftragten der Gewerkschaft einzutreten, wonach in den gleichartigen Betrieben eine gleiche Arbeitszeit eingeführt werden soll.

Auf diese Vorschläge konnten die Arbeiter nicht ohne weiteres eingehen. Sie verlangten, daß bestimmt werden sollte, daß Arbeitseinstellungen nur dort zu unterbleiben haben, wo es sich um die Regelung der Arbeitszeit handelt. Diesem Verlangen kamen die Unternehmer nicht nach. In einer zweiten Verhandlung ließen die Arbeiter auch diese Bedingung fallen, um den Industriellen jeden Grund zur Aussperrung zu nehmen. Nun erklärten die Vertreter der Unternehmer, daß sie den bisher vom Vorstand gefaßten Beschluß ihrer Organisation bekannt geben müßten. Danach wurden die Bedingungen verworfen. Es ist beschlossen worden, die Aussperrung aufrechtzuerhalten, bis die Gewerkschaft erklärt, daß sie die Forderung auf Verringerung der Arbeitszeit fallen läßt und sich bindend verpflichtet, aus Anlaß der schwebenden Differenzen nirgends Arbeitseinstellungen zuzulassen, daß sie sich wegen der schwebenden Differenzen zu Verhandlungen bereit erklärt.

Es bestand demnach keine Möglichkeit mehr, die Aussperrung zu umgehen. Von welcher Rücksichtslosigkeit die Unternehmer sich seitdem lassen, wollen wir noch an folgendem Vorfalle zeigen. Bereits am 8. April wurden die Arbeiter in Kaufbau für einen Tag ausgesperrt. Durch sofortige Verhandlungen wurde die Aussperrung beigelegt. Die Parteien hatten sich dahin geeinigt, die Entscheidung über die damals strittige Frage dem Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts Herrn Magistratsrat Dr. v. Schulz vorzulegen. Dieser hat dann in einem umfangreichen Gutachten den Arbeitern Recht gegeben und die Unternehmer zur Zahlung verurteilt. Dieses Gutachten ließen aber die Unternehmer nicht gelten, sie verlangten eine Entscheidung. Beide Parteien wurden vernommen und dann füllte Herr v. Schulz die Entscheidung, nach der die Industriellen ebenfalls verurteilt wurden, den Arbeitern den Lohn für den Aussperrungstag, den 8. April, zu bezahlen. Doch auch das lehnen die Unternehmer jetzt ab. Sie hatten ursprünglich erklärt, sich einem Gutachten fügen zu wollen. Sie haben sich weder dem Gutachten untergeordnet, noch der Entscheidung gefügt. Gegen diejenigen Unternehmer, die sich nicht willenslos fügen, werden jetzt die schärfsten Repressalien angewandt, um sie zur Aussperrung zu zwingen.

Das Arbeitsbuch als schwarze Liste. Wer in das Arbeitsbuch Eintragungen zur Kennzeichnung des Arbeiters macht, wird bestraft. Dennoch wird jetzt im Zwickauer Bergbau das Arbeitsbuch in der angegebenen Weise mißbraucht. Um aber den Strafbestimmungen eine Nase zu drehen, haben die Unternehmer einen schlaun Kniff erdacht. Bekanntlich muß das Arbeitsbuch Eintragungen über die Art der Beschäftigung, über Eintritt und Austritt aus der Beschäftigung enthalten. Die gelben Bergknappenvereiner schnüffeln nun in den Grubenreden herum, um jede erlaubte Gelegenheit zu ergreifen, die Arbeiter etwa zu verwendende Neuerung zum Gegenstand einer Denunziation bei der Betriebsverwaltung zu machen. Die Arbeiter dieser Gesinnungsrichtung werden dann als Tagearbeiter weiter beschäftigt. Bei dieser Arbeit wird ein bedeutend niedriger Lohn erzielt als in der Grube. Und wenn der Arbeiter diese Strafarbeit verläßt und in einer anderen Grube Beschäftigung zu finden sucht, dann findet der Obergewerke, daß der Mann als Grubenarbeiter eingestellt und als „Tagearbeiter“ entlassen werden ist und der

dadurch als Agitator oder Verbandsfreund gebrandmarkt Arbeiter wird bei der Nachfrage nach Arbeit abgewiesen. Auf einem Reinsdorfer Werke war ein junger Bergarbeiter von einem gelben Denunzianten belauscht worden, wie er seinen Arbeitskameraden befragt, ob er nicht auch im Verband sei. Als Strafe dafür wurde der junge Mann „übertags“ verlegt, damit er durch knappen Lohn zur Reife und zur gelben Gesinnung gebracht werde. Er zog aber vor, diese Erziehungsstunde abzuschütteln und ging. Er fand keine Arbeit mehr im Bergbau und arbeitete darum in einer Ziegelei. Nach einiger Zeit versuchte er sein Glück, Arbeit im Bergbau zu finden, aufs neue. Als er auf einem Schachte dem Obergewerke sein Arbeitsbuch vorlegte, wies ihn dieser nicht kurzerhand ab, sondern beging die Anklage zu fragen, warum er (der Arbeiter) „übertags“ verlegt worden sei, was er denn getan habe. Als der Arbeiter ihm sagte, er sei überzählig in der Grube gewesen, sagte der Obergewerke, daß das nicht glaube und erst telefonisch Erkundigung einziehen müsse. Daraufhin wurde der Arbeiter dann abgewiesen. So ist der Zweck der Werbung bekannt geworden.

Der mißliebige oder rot anzutreffende Arbeiter wird „übertags“ verlegt. Wird er gelb, kommt er wieder in die Grube, hat er aber Charakter und geht seiner Wege, dann dient das durch das Wort „Tagearbeiter“ zum Urteilsbrief gewordene Arbeitsbuch die seiner Kennzeichnung. Die volljährigen Arbeiter aber, die das Arbeitsbuch nicht mehr brauchen, können dieser Bonifortbezeichnung ebenfalls nicht entgehen, denen wird sie auf den Abfahrtschein geschrieben. So wird der Arbeiter gezwungen, die ihn ächtende schwarze Liste selbst in der Tasche herumzutragen und ahnungslos den Unternehmern das Material gegen sich selbst in die Hände zu geben.

Wer zahlt die Kosten für die Streikpolizei? Ein interessantes Nachspiel zum Krefelder Färbereistreik beschäftigte jetzt das Gericht. Aus Anlaß des im vorigen Frühjahr in Krefeld ausgebrochenen Färbereistreiks zog die Krefelder Stadtverwaltung aus den umliegenden Orten eine Anzahl Polizeibeamte zur Verstärkung der Krefelder Polizei heran. Leben und Eigentum der Bürger sollte, wie es so schön hieß, geschützt werden. Tatsächlich war die Heranziehung polizeilicher Hilfsmannschaften gegen die Streikenden völlig unangebracht, denn abgesehen von einigen ganz untergeordneten Plänkeln zwischen Streikenden und Arbeitswilligen geschah nichts, wodurch Leben und Eigentum der Bürger hätte bedroht sein können. Die herangezogenen auswärtigen Hilfsmannschaften dienten denn auch mehr zum Schutze der Färbereibesitzer gegen die von Hamburg und anderen Orten importierten Streikbrecherkolonnen. Diese Brüder hausten ja damals in der Färberei wie die Bandalen, so daß sich die Herren Unternehmer oft selbst ihres Lebens nicht mehr sicher fühlten.

Die Einquartierung der auswärtigen Polizei in den Färbereien geschah nach Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung und Unternehmern. Dabei war vereinbart worden, daß Wohnung und Verpflegung zu Lasten der Färbereibesitzer gehen solle. Auch die Firma Josef Hannes u. Co. hatte sich bereit erklärt, 8 bis 10 Mann und zwei Pferde in ihrem Betriebe unterzubringen. Die Abmachungen scheinen aber von ihr nicht richtig verstanden worden zu sein. Während sich die größere Zahl der Krefelder Färbereien mit der Abmachung abfand und die Kosten übernahm, verweigerte die genannte Firma dies. Sie strengte einen Prozeß gegen die Stadt Krefeld an und verlangte, daß ihr die erwachsenen Kosten für die Verpflegung der Polizeimannschaften in Höhe von 1129,95 Mk. nebst 4 Prozent Zinsen vom 30. Mai 1913 zurückerstattet werden sollen. Durch Urteil des Landgerichts Krefeld vom 23. Mai 1914 ist diesem Verlangen der Firma Rechnung getragen worden und die Stadt antragsgemäß verurteilt. Die Firma bestritt, daß sie die Verpflichtung eingegangen sei, die Kosten für Wohnung und Verpflegung der ihr überwiehene Polizei zu tragen, und das Gegenteil konnte ihr bei der Verhandlung auch nicht nachgewiesen werden. Die Firma machte geltend, daß sie die polizeiliche Einquartierung nur im Auftrage der Stadtverwaltung aufgenommen habe und verlangte, daß ihr die von ihr in Ausführung dieses Auftrages gemachten Aufwendungen selbstverständlich ersetzt werden müßten.

Die Stadtverwaltung ist also mit ihrer Hilfsaktion für die Färbereibesitzer glänzend hineingelegt worden. Vorausgesetzt werden jetzt noch mehrere Färbereifirmen an die Stadt herantreten und ebenfalls die nicht ganz geringen Summen für Verpflegung der Polizei zurückerlangen. Schadenfrohe Gemüter gönnen ihr ja den Reifall.

## Zum Kampf der Arbeiterturnvereine gegen Polizei und Staatsanwaltschaft.

Der Schlosser Wilhelm Hencke zu Marienfelde war am 12. Juni vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof angeklagt, als Vorsteher des Vereins „Freie Turnerschaft in Berlin-Marienfelde“ die Teilnahme von Jugendlichen an den Turnübungen dieses Vereins geduldet zu haben. Hencke, der durch den Rechtsanwalt Wolfgang Heine verteidigt wird, bestritt, daß der Verein politisch wäre. Allerdings habe der Verein auf Verlangen der Polizei sein Statut und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder eingereicht, nachdem das Oberverwaltungsgericht sich auf den Standpunkt gestellt habe, jeder Verein, der dem Arbeiterturnbund angehöre, sei schon aus diesem Grunde politisch. In Wahrheit aber sei der Verein in Marienfelde nicht politisch und habe durch die Einreichung der Satzung auch keineswegs ein Zugeständnis politischer Tätigkeit abgeben wollen. Die Jugendlichen hätten nur an Turnübungen teilgenommen. Solche Turnübungen aber seien keine Versammlungen oder doch mindestens als gesellige Zusammenkünfte anzusehen, an welchen auch Jugendliche teilnehmen können.

Es wurde nun eine Reihe Zeugen vernommen. Sie bekundeten sämtlich, daß bei den turnerischen Zusammenkünften niemals Ansprachen gehalten worden wären. Zwar waren einige Lieder gesungen worden, doch wurde dies nur von Liedern, wie „Das Wandern ist des Müllers Lust“ und „Turner auf zum Streite“, also ganz unpolitischen Liedern, festgestellt. Die Jugendlichen nahmen nicht an den anderen Zusammenkünften des Vereins teil. Mehrere erwachsene Mitglieder des Vereins bekundeten aber, daß auch bei diesen anderen Zusammenkünften niemals politische Reden gehalten worden wären, daß jede Einwirkung in politischer Beziehung auf die Mitglieder ausgeschlossen sei, daß nur ein Teil der Mitglieder als Sozialdemokraten bekannt wäre.

Trotzdem behauptet der Staatsanwalt, das Turnen diene der „Erweckung eines parteipolitischen Geistes“. Er beantragte 15 Mk. Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, setzte in längerer Rede auseinander: Sämtliche ordentliche Gerichte hätten sich in solchen Fällen auf den Standpunkt gestellt, aus der Tätigkeit des Vereins selber müsse festgestellt werden, daß kein Zweck politisch wäre. Die Zugehörigkeit zum Arbeiterturnbund für sich allein genüge dazu nicht. Von den üblichen Gründen für die Politisierung der Turnvereine liege hier nicht einer vor. Weder seien sämtliche Mitglieder des Vereins Sozialdemokraten, noch sei das Vereinsstatut ein sozialdemokratisches Verleug-

lokal, namentlich nicht der Sitz des Wahlvereins, es seien auch keine politischen Lieder gesungen worden. Diese Gründe würden übrigens, auch wenn sie vorlägen, den Verein noch nicht zu einem politischen machen. Es sei ein reines politisches Schredgespenst, wenn immer der Glaube verbreitet würde, die Arbeiterturnvereine wären politisch. Wenn die Arbeiter politische Agitation betreiben wollten, so böte ihnen dazu die sozialdemokratische Partei mit ihren Veranstaltungen mehr wie ausreichende Gelegenheit. Gerade weil auch die Arbeiter mehr und mehr das Bedürfnis empfänden, etwas für ihre Körperpflege zu tun und sich auch auf unpolitischen Gebiete zu betätigen, wären die Arbeiterturnvereine entstanden und groß geworden. Man möge doch nicht immer in allem, was von Arbeitern ausginge, Ziele der sozialdemokratischen Partei suchen. Außerdem aber seien die turnerischen Zusammenkünfte keine „Versammlungen“ im Sinne des Vereinsgesetzes, was sowohl vom Oberverwaltungsgericht als von mehreren Oberlandesgerichten ausgesprochen wurde. Wären sie aber als Versammlungen anzusehen, so würden sie immerhin, da in ihnen nichts Politisches vorgefallen wäre, als „Zusammenkünfte zu geselligen Zwecken“ zu betrachten sein, welche nach § 17 des Vereinsgesetzes auch von Jugendlichen besucht werden dürften. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen nach kurzer Beratung an und erkannte auf Freisprechung.

## Kommunales.

Ein Volksbildungsheim in Frankfurt a. M. Der Mann, in Frankfurt a. M. ein Volksbildungsheim zu errichten, ist seiner Verwirklichung etwas näher gekommen. Eine Kommission von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern hat ein Bauprogramm ausgearbeitet, das ein großes Gebäude mit vielen Sälen, Unterrichtszimmern, Büroräumen, Restaurant u. a. vorsieht. Die Kosten für den Bau und die Einrichtung (ohne die für den Bauplatz) sind auf zwei Millionen Mark veranschlagt. Die Stadtverordnetensammlung hat sich im großen und ganzen einverstanden erklärt und die Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Erlangung von Bauplänen genehmigt und die hierzu erforderlichen Kosten bewilligt. An dem Wettbewerb können alle Architekten Deutschlands teilnehmen. Das Volksbildungsheim soll seinen Platz an der Hohenzollernallee neben der Festhalle, also im „Brunkviertel“ Frankfurts haben.

## Aus dem Gerichtssaal.

Notizen der Behörden. Einer schlimmen sozialdemokratischen Demonstration hat die Hirschberger Polizei rechtzeitig vorgebeugt. Am Tage der Aushebung sah sie zwei junge Leute, die rote (!) Bänder über die Brust trugen. Sie wurden „festgestellt“. Bei näherer Befichtigung stellte sich zwar heraus, daß auf dem einen Bande zu lesen war: „K a p a l l e r i e“ und auf dem anderen „E i n J a h r z u r ü d“. Das machte aber nichts, sie kriegten ein Verjahren wegen grober Unfugs. Als sie vom Schöffengericht freigesprochen waren, legte der Staatsanwalt die Berufung ein! Inzwischen stellte sich heraus, daß die beiden gefährlichen Demonstranten nicht Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins, sondern „nur“ des Bauarbeiterverbandes waren. Da ließ der Herr Staatsanwalt die Leute fahren und zog die Berufung zurück. Also geschehen im Jahre des Heils 1914!

Todesurteile für zwei Giftmörderinnen. Das Schwurgericht in Jasterburg verhandelte Freitag und Sonnabend gegen die 74 Jahre alte Witwe Scherlies aus Gritschkau und deren Tochter, die Kuchensfrau Kolnne Mats. Frau Scherlies ist zweimal verheiratet gewesen; einmal mit dem Schneider Didszuhn, der im Jahre 1897 starb und zum zweiten Male mit dem Altpensionär Scherlies, der plötzlich im Jahre 1911 starb. Beide Männer sollen die Angeklagten gemeinschaftlich mit Arsenik vergiftet haben. In diesem Giftmordprozeß wurde Sonnabend abend folgendes Urteil gefällt: Beide Angeklagte werden wegen Mordes, begangen an dem Altpensionär Scherlies, zum Tode verurteilt, außerdem Frau Scherlies wegen Totschlages, begangen an ihrem ersten Gatten im Februar 1897, unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 3 Jahren Gefängnis und des weiteren zu den üblichen Nebenstrafen.

Die Mülhauer Polizeischlichten vor Gericht. Am Freitag in später Abendstunde wurde der angeklagte Redakteur, Genosse Geiler zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß die Arbeiter zu ihrer Unterstützung über die Firma Berger und die Gültigkeit des Mülhauer Lohns berechtigt gewesen, daß aber auch der Firma Berger kein Vorwurf zu machen sei, wenn sie annahm, daß sie als auswärtige Firma den Mülhauer Lohn nicht zu zahlen brauche. Die Gendarmerie hätte sich ruhig und maßig verhalten, daselbe könnte von der Polizei gesagt werden. Allerdings seien einige Ausnahmefälle bei der Polizei zu verzeichnen. Die rohe und ungezügelmte Sprache in dem Artikel habe bei der Bevölkerung aufreizend gewirkt. Dem Angeklagten müsse zugute gehalten werden, daß er geglaubt habe, für eine gute Sache zu kämpfen. Der Angeklagte wird in Berücksichtigung dessen wegen öffentlicher Beleidigung des Mülhauer Polizeipräsidenten und seiner Beamten zu drei Monaten Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Dem Polizeipräsidenten wurde die Publikationsbefugnis in fünf Mülhauer Zeitungen zugesprochen.

## Aus Nah und Fern.

Schon wieder ein Zeppelin-Luftkrieger zerstört. Am Sonnabend mittag ist der Militär-Luftkrieger „31“ bei Diebenhofen in Lothringen einem schweren Unfall zum Opfer gefallen, der die fast vollständige Zerstörung des Luftschiffs zur Folge hatte. Der Luftkrieger war zu früher Morgenstunde von Köln aufgestiegen und befand sich auf der Rückfahrt nach Metz. Er geriet in ein Gewitter und wurde derartig von Regen beschwert, daß er gezwungen war, eine Notlandung im Moskeltal vorzunehmen. Die Gewitterböe drückte den „31“ so tief nieder, daß bei der beabsichtigten Landung der Luftkrieger in eine Weite, auf der die Landung vor sich gehen sollte, umfassende Bäume geriet. Die Propeller blieben zwischen den Zweigen hängen und zerbrachen. Gleichzeitig drückte die Böe von oben so stark gegen die Hülle, daß die Befestigung beim Aufsetzen auf den Boden einknickte. Ein Oberleutnant erlitt eine stark blutende Kopfverletzung, die jedoch nicht gefährlicher Natur ist. Der Führer Hauptmann Kleinmisch ließ den Ballon sofort festmachen und telephonte nach Diebeshofen und Metz um Truppen zur Absperrung und Hilfeleistung. Die Luftschiffkompanie in Metz wurde durch einen Extrazug sofort nach der Unfallstelle entsandt und ist damit beschäftigt,

den Luftschiffen abzumitteln. Der „3 1“ ist durch den Unfall derartig beschädigt, daß eine weitere Verwendung des Luftschiffes völlig ausgeschlossen erscheint. Ferner wird telegraphiert: Auf der Großen Wiese südlich von Pödenhofen, die von einem großen Bogen der Wiese und dem in die Wiese mündenden Zentisch eingeschlossen wird, liegt der Restteil des „3 1“, größtenteils seiner Hülle entkleidet und sieht seiner vollständigen Abrüstung entgegen. Der hintere Teil des Luftschiffes liegt zwischen zwei Bäumen eingeklemmt in der Fahrtrichtung nach West, also südlich. Der größere vordere Teil ist in stumpfem Winkel zu dem hinteren Drittel nach Westen gebogen. Das Luftschiff sah ziemlich tief über dem Boden, nachdem es kurz vorher wegen schweren Gewitters mit böigen Winden, die sich zeitweise zu wahren Orkanen steigerten, und wegen des in Strömen herniedergehenden Regens auf dem Gelände von Niederjoch zu landen versucht hatte. Als es eben zwischen den beiden Bäumen, von denen der hintere Teil eingeschlossen ist, dahinjahr, wurde es von einer plötzlichen schweren Böe erfasst und nach rechts abgetrieben. Der hintere Teil war zwischen den Bäumen eingeklemmt und das Fahrzeug knickte im letzten Drittel durch, während das längere Vorderende rechts nach Westen abknickte. Augenzeugen, die aus nächster Nähe den Unfall beobachteten, bestätigten diese Darstellung und heben übereinstimmend die Schwere des Unwetters hervor. Eine authentische amtliche Darstellung steht noch aus.

„Ersatz 3 1“, der im Jahre 1913 für das alte Armeeluftschiff „Ersatz 3 1“ in Dienst gestellt wurde, war ein sehr modernes und schnelles Schiff. „3 1“, der 19500 Kubikmeter faßt, besaß eine Länge von 141 Metern bei 14,8 Meter Durchmesser und 22,5 Meter Breite. Er hatte, wie die modernen 3-Schiffe alle, vier Motoren von je 180 PS., die von der vorderen Maschinen gondel aus zwei einfache, von der hinteren Gondel aus zwei vierflügelige Luftschrauben antrieben. Die Stundengeschwindigkeit betrug etwa 75 bis 78 Kilometer. Das Luftschiff, das im Juni 1912 von der Friedrichshafener Werft fertiggestellt worden war, wurde am 8. Juli 1913 von der Heeresverwaltung übernommen und für den alten „3 1“ in Dienst gestellt.

**Schwerer Unfall bei einem Schauliegen.** Bei der Einweihung des Flugflughalles in Deutsch-Gyllau versagte bei einem Fluge an einem Doppeldecker der Motor, als das Flugzeug sich gerade über dem Publikum befand. Der Apparat fiel zwischen die Menge, der Propeller riß einem 10 Jahre alten Knaben einen Arm ab und verletzte ihn schwer am Kopfe. Auch die Frau des Oberbahnhofsportleiters Schön wurde erheblich verletzt. Die Insassen des Flugzeuges blieben unverletzt.

**Im Streit erstochen.** In Eberswalde wurde der Kohleger Hoffmann, als er von Berlin zurückkehrte und den Arbeiter Kerstens bei seiner Frau antraf, die mit Kerstens ein Verhältnis angeknüpft hatte, von diesem im Streite totgeschlagen. Die Frau und Kerstens wurden verhaftet.

**Gesucht zu sofort ein Fahrradschloßer.**  
O. Dortmund,  
4746) Hackenburger Allee 1a.

Gesucht zum 1. Oktober von kinderlosen Eheleuten eine 3-Zimmer-Wohnung. Angebote mit Preis unter F W A an die Exp. d. Bl. (4730)

Ein Kamin, Petroleumkocher, eine Hängelampe, eine Umkle u. mehrere Fahrpläne Berlin. Illustr. Zeitung umzugs halber billig zu verkaufen. (4735) Moislinger Allee 4, I. r.

Wegen Gasanlage eine doppelte zweiflamme Petroleum-Maschine billig zu verkaufen. (4732) Warenborpstraße 7, II.

**4 Kaninchen und 2 Ställe**  
zu verkaufen.  
(4731) Moislinger Allee 56, II.

**Gesucht Klappsportwagen**  
Angebote mit Preis unter A A an die Expedition d. Bl. (4741)

Hiermit erlaube ich die beiden Fahrten, die am Montag, dem 9. März den Umzug v. Schwarzen Allee 15c n. d. Warenborpstraße 32, III. gemacht haben, dringend, ihre Adresse Warenborpstraße 32, III. abzugeben. (4733)

Empfehle mich zu allen in meinem Fache einschlagenden Arbeiten.  
H. Tzschüner, Schahwager,  
(4729) Moislinger Allee 49b.

**Geld gefunden worden.**  
Abzuholen Schönböckener Str. 3c, 3l.  
Abends nach 6 Uhr. (4751)

**Junge Ziege entlaufen.**  
(4744) Hagedorger Allee 42a.

**Plakate**  
betr.  
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Festhalten von Nahrungs- und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Pf. per Stück zu haben in der Buchdruckerei d. Loh. Volkst. Johannistr. 46.

**Opfer der Autoverlet.** Zwischen den Orten Stolpe und Glentze rannte ein von dem Automobilhändler Wölgel gesteuertes Automobil gegen einen Baum und stürzte um. Die fünf Insassen, drei Herren und zwei Damen, wurden hinausgeschleudert. Der Bruder Wölgels war sofort tot. Drei Personen sind schwer verletzt.

**Fliegerstod.** Sonnabend nachmittag ist auf dem Flugplatz Toul (Frankreich) ein Fliegerunteroffizier und der ihn begleitende Pionier aus 80 Meter Höhe abgestürzt. Sie kamen unter den sich überschlagenden Apparate. Der Unteroffizier ist tot, der Pionier liegt hoffnungslos darnieder.

**Eine vierfache Mordtat** wird aus Hofheim (im Rhein) gemeldet. Am frühen Morgen des Sonnabends wurde hier ein furchtbares Verbrechen entdeckt. Aus dem Hause des Bäckermeisters Bad drang dichter Rauch. Die eindringende Feuerwehr fand vor dem Backofen die Leiche des Metzlers mit eingeschlagenem Schädel und im Schlafzimmer die beiden jüngsten bereits erwachsenen Töchter durch Beil- und Stichwunden am Kopfe schwer verletzt sowie die Frau des Bäckermeisters völlig verkohlt in ihren Betten vor. Die beiden Töchter sind inzwischen ihren Verletzungen erlegen. Die zweitälteste Tochter ist nur durch Abwesenheit dem Tode entronnen. Es wird Raubmord vermutet, da das ganze Geld fehlt. Als Täter kommt ein Bäckergehilfe Philipp Försch in Betracht, der bei Bad in Arbeit stand und seit der Nacht verschwunden ist.

**Folgenschwere Gewitter.** Ein Gewitter, verbunden mit einem wolkenbruchartigen Regen und teilweisem Hagel, hat in den Oberämtern Mergentheim und Gerabronn großen Schaden angerichtet. Auf dem Feld bei Rot bei Mergentheim wurde ein Mann vom Blitz erschlagen und seine neben ihm stehende Frau und Tochter betäubt. Vielfach sind Verkehrsstörungen eingetreten. — In Unter-Schlüpf in Baden tötete der Blitz einen Landwirt. — In der Nähe des Dorfes Geißlich im Kreise Gelnhausen fuhr während eines Gewitters ein Blitz in eine Schar spielender Kinder und tötete einen Knaben.

**Vom Eisenbahnzuge überfahren.** Auf der Strecke Odenwald-Alzey hat sich Freitag nachmittag bei der Station Selzen ein Unglück ereignet. Zwei Landbewohnerinnen, die wegen des Unwetters ihre Köpfe über den Kopf geschlagen hatten, gerieten auf dem Bahngleise unter einen Zug und wurden überfahren. Ein 22 Jahre altes Mädchen wurde sofort getötet und eine andere Frau so schwer verletzt, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

**Noch ein Grubenunglück.** In der Nacht zum Sonnabend wurden auf der Zeche Alma bei Gelsenkirchen vier Bergleute durch herabstürzende Gesteinsmassen verschüttet. Drei waren sofort tot, der vierte ist lebensgefährlich verletzt.

**Schauriges Familiendrama.** In einem Anfall von geistiger Unmacht hat Sonntag morgen der Gutsbesitzer Sörensen in Windinge bei Roeskilde (Dänemark), während seine Frau und die Diensthofen auf dem Felde weilten, seine fünf Kinder, vier Knaben und ein Mädchen, im Alter von 7 Monaten bis 12 Jahren mit einem Revolver erschossen und sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf getötet. Drei Kinder waren sofort tot, die beiden anderen starben nach kurzer Zeit.

**Unglücksfälle im Kuratunnel.** Im Kuratunnel der Bahn Brig-Andermatt-Difentis ereigneten sich zwei schwere Unglücksfälle. Auf der Urner Seite stürzte der Hauptknoten wegen des brüchigen Gesteins auf 14 Meter Länge ein. Ein Locomotive wurde bereits geborgen; ob und wie viele Arbeiter von der Unfallstelle abgeholt oder vom Schutt befreit worden sind, ist zur Stunde noch unbekannt. Etwa zu derselben Zeit, wo sich das Unglück ereignete, fuhr auf der Wasser Seite ein Wagen in eine Arbeitergruppe und verletzte vier Personen schwer. Der Tunnelunternehmer Ferroni und der Tunnelbauleiter Ingenieur Rothfleisch leiten persönlich die Rettungsarbeiten.

**Meuterei in einem spanischen Zuchthaus.** Im Zuchthaus von Figueras ist eine Meuterei ausgebrochen, während die Truppen und ein Teil der Angestellten des Zuchthauses an der Fronleichnam-Procession teilnahmen. Die Meuterei griffen die Angestellten mit Messern und Revolvern an; der Direktor wurde durch einen Schuß getötet. Von den Gefangenen wurden neun Mann im Kampfe verwundet. Truppen stellten die Ordnung wieder her. Die Meutereiführer wurden in Ketten gelegt. Nach einer anderen Meldung töteten die meuternden Gefangenen noch fünf Wachtposten mit Revolvern, die sie sich auf unbekannt Weise verschafft hatten. Es heißt sogar, daß die Meuterei noch fortbauerte; die Gefangenen sollen sich in einer Kafematte verbarrikadiert haben und auf alle Personen feuern, welche sich nähern.

**Folgenschwere Explosion.** In Bekerczabanya in Ungarn explodierte die Schießpulvermühle dadurch, daß bei einem Hammerschlag auf einen Nagel Funken sprühten. Drei Arbeiter wurden getötet und eine Frau lebensgefährlich verletzt.

**Im Wahnstium.** Ein Fahrgast 3. Klasse des Dampfers „Canopic“ wurde plötzlich wahnsinnig und verletzte durch Meißerstücke 25 Fahrgäste, darunter fünf schwer.

**Väter und Mütter der Arbeiterschaft!**

Schickt eure schulentlassenen Söhne und Töchter zu den :: Veranstaltungen der ::

**Freien Jugend Lübeds!**

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübed.

**Dickmilch**  
Lübeds Nationalspeise  
während der Zeit der Weidemilch, ist die Lieblingsspeise.

Es gibt nichts Nahrhafteres, Gesünderes als  
**Dickmilch aus Weidemilch mit Weidemilch.**  
**Warum?**

Auf der Weide nähren sich die Kühe nur mit selbstgesuchtem, gesundem, wohlschmeckendem Gras und sie vermeiden die Aufnahme schädlichen Grases.

(Fortsetzung folgt.)

4752) Dienstag, den 16. Juni, nachmittags 4—6 Uhr

**Verfeilung von Reklamemarken**  
der Circus Carré-Festspiele  
bei M. Niemeyer, Breite Straße 63, Ecke Kleiner Schragen.

Zigarren, Tabak, alte Briefmarken, Schreibwaren etc. gute Ware, billige Preise empfiehlt 4378  
**Otto Kühne,** mittl. Hätzstr. 55.

**Hintze & Stech**  
Größte Möbelfabrik Lübeds  
empfehlen

**Wohnungseinrichtungen.**  
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:  
Moisliger Allee 60.

**H. Kopf u. Bein** Pfd. 15  
Kochrippen per Pfd. von 20 an  
Eisbein, frisch u. gep. per Pfd. 45  
ff. u. Schmalz b. Abn. v. 2 Pfd. a 60  
Schweinefleisch, Watenstücke 65  
Dicke Rippen, Füll. per Pfd. 65  
**Dide Blumen** per Pfd. 55  
**Karl Lahrtz,** Wüthenerstraße 14-16,  
vorm. M. Lahrtz. (4754)

Jeden Dienstag vormittag verkaufe ich in Schwartau auf dem Marktplatze: feinstes Rindfleisch, Goldbutt, billige Seelachs, Bund 20—25 Pf., Kabeljau, Pfd. 30 Pf., Bund Rhabarber 5 Pf., Gurken, Spargel, Wurzel  
**Johs. Boy, Fischhandlung, Lübed.**

**Goethes Werke**  
3 Bände 4 Mk.  
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

**Die Arbeiter-Garderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck  
**Otto Albers** Kohlm. Markt 4 10  
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise.  
Bresle. U. a.:  
Lederhosen . . . 2.20—6.45  
Mauerhosen . . . 2.60—6.75  
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25  
Überziehhosen . . . 1.08—2.85  
Jwtrn.-Hosen . . . 1.68—3.25  
Leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kagen, Hemden, Schlachterjacken, Freizeithosen, Malermantel erstaunlich billig. Nähen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lübecam.

**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mk.  
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstr. 46.